

P.b.b. – Erscheinungsort Graz  
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz  
GZ11Z038873  
Retouren an Postfach 555 • 1008 Wien

**AK**   
www.akstmk.at

Nr. 5/Mai 2015 | www.akstmk.at

# ZAK

ZEITUNG DER KAMMER FÜR ARBEITER  
UND ANGESTELLTE FÜR STEIERMARK



## Mehr netto

Was ArbeitnehmerInnen 2016  
mehr im Geldbörstel haben

Seite 9

## Gute Sachen

AK testet Kindersonnenbrillen,  
Thunfischkonserven und Apfelsäfte

Seiten 10, 13, 14

## Neue Chancen

Wie arbeitslose Frauen zukunftsfit  
ausgebildet werden

Seite 16

# Sattelfest

Auf die Drahtesel am 14. Juni: Großer AK ÖGB-  
Familienradwandertag mit Radlerfest in Leibnitz.  
ACard Journal, Seite 24



## ZAK inhalt

Vorzeitiger Austritt nur mit Fristsetzung berechtigt 4

Pflegefreistellung bis zu zwei Wochen pro Jahr 5

bfi-Fahrsicherheitszentrum für Hubstapler 6

AK fordert Freistellung für Lehrabschlussprüfer 7

Wirtschaftssystem auf dem Prüfstand 8

Was bringt Steuersenkung ab 2016 im Börsel? 9

Ernährungstipps 10

Tücken bei Online-Buchung von Reisen 11

Wohnkredit: Recht auf verbindliches Angebot 12

Aggressive Praktiken von Telefonkeilern 13

VKI-Test Apfelsäfte 14

AK setzt sich für Franken-Kreditgeschädigte ein 15

Harte Zeiten für Frauen am Arbeitsmarkt 16

ExpertInnentipps 18

Satire/Willi Tell 19

Zeitensprung: 70 Jahre ÖGB 20/21

Blitzlichter 22/23

Steuersparen/Haderer 24



Erstmals in Graz versammelt: die Arbeitnehmerkammer Vertreter Alain Fickinger (Luxemburg), Hans Peter Kurtz (Saarland) und Ingo Schierenbeck (Bremen) mit Rudi Kaske (links) und Josef Pessler. (AK/Kanizaj)

## Erfahrungsaustausch in der Murmetropole

**Europa gemeinsam gestalten** lautete das Motto des Internationalen Arbeiterkammertages in Graz. Beim Treffen der Bundesarbeitskammer mit Schwesterorganisationen aus Luxemburg, Saarland und Bremen wurden grenzüberschreitende Kooperationen erörtert.

Spätestens seit der jüngsten Krise ist die europäische Ebene zum Spielfeld für zentrale Entscheidungen geworden: Neben die Währungspolitik tritt eine Wirtschaftspolitik, die bisher einzelstaatliche Politikfelder ebenso dem neoliberalen Paradigma aus Austeritätspolitik und vermeintlicher Wettbewerbsfähigkeit durch Lohn- und Sozialdumping unterwerfen möchte. Angesichts der Tatsache, dass weder deregulierte Finanzmärkte, der durch neoliberale Politik verursachte Nachfrage- mangel, noch der Klimawandel an der Staatsgrenze halt machen, ist auch der Rückzug in den Nationalstaat keine Option.

Zwar sind die institutionellen Voraussetzungen der vier Arbeitnehmerkammern in

Bremen, Luxemburg, Österreich und im Saarland unterschiedlich, dennoch stehen sie vor den gleichen Herausforderungen: Welche Möglichkeiten, aber auch Risiken für ArbeitnehmerInnen gehen von der europäischen Wirtschaftsregierung aus? Welche Maßnahmen können gesetzt werden, um der Jugend eine Chance zu geben und wie lässt sich gute Arbeit erstreiten, die es den Menschen ermöglicht, gesund in den Ruhestand zu treten?

### Kooperation ohne Grenzen

Im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping berichtete AK-Experte Mag. Karl Schneeberger, dass inländische Bau- firmen oft um 15 bis 30 Prozent unterboten werden. Fast die Hälfte von 1.000 Anzeigen wegen Unterentlohnung betreffe

ausländische Firmen, weshalb eine effiziente Exekution von Verwaltungsstrafen im Ausland und eine erweiterte Haftung der Auftraggeber notwendig sei. Für den Gastgeber, AK-Präsident Josef Pessler, sind derartige Vernetzungstreffen ungemein wichtig: „Die Globalisierung der Wirtschaft stellt die Arbeitnehmervertretung vor die Herausforderung, ihrerseits über grenzüberschreitende Strategien zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen zu diskutieren.“ Die in Graz behandelten Themen seien Beispiele, bei denen die Interessen unterschiedlicher Regionen ähnlich gelagert seien: „Aber auch über diese Themen hinaus besteht ein großer Bedarf an internationaler Zusammenarbeit der Arbeitnehmervertretung.“

## Mit mehr Ausbildung gegen Arbeitslosigkeit

Die aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der jüngsten AK-Vollversammlung.

Für Herbst 2016 kündigte Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Umsetzung einer „Bildungsverpflichtung“ bis zum 18. Lebensjahr an. Hundstorfer strich bei seinem Gastreferat die vielfältigen Bemühungen, Menschen zu mehr Qualifikation zu verhelfen, heraus: „Rund die Hälfte der beschäftigungslosen Menschen hat nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung.“ Dem müsse „für die Zukunft“ gegengesteuert werden, begründete Hundstorfer die Notwendigkeit einer solchen Bildungsverpflichtung. Die zweite „Sorgengruppe“ auf dem Arbeitsmarkt sei die Generation 50+. Auch hier gebe es seitens seines Ressorts erhebliche Anstrengungen. Die Mittel des AMS für aktive Arbeitsmarktpolitik werden erhöht, versprach Hundstorfer.

Daneben kündigte er weitere Schritte gegen Lohn- und Sozialdumping an. Mit der

Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie werde es künftig auch möglich sein, Verstöße im Ausland ansässiger Unternehmen zu sanktionieren.

Bei den Pensionen wäht der Sozialminister Österreich auf dem richtigen Weg, wenn es um die Anpassung des Pensionsantrittsalters an die steigende Lebenserwartung geht: „Wir gehen mittlerweile 13 Monate später in Pension.“ AK-Präsident Pessler brandmarkte in seinem Bericht als Sozialbetrug, wenn Arbeitgeber das Dienstverhältnis von Beschäftigten im Krankheitsfall einvernehmlich auflösen: „In Österreich gibt es Zehntausend Fälle“, in denen die Arbeitnehmer Krankengeld von der Krankenversicherung beziehen müssen und Arbeitgeber sagen, „komm wieder, wenn du gesund bist“.

Handlungsbedarf habe man bei der Lehrlingsausbildung, da 10.300 Jugendliche ohne be-

triebliche Ausbildungsplätze dastehen. Dafür brauche man einen Lehrlingsausbildungsfonds, in den Betriebe Beiträge entrichten.

### Öffentliche Investitionen

Zur Schaffung von mehr Beschäftigung fordert Pessler, die längst notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur endlich zu tätigen. Dazu müssten die Kriterien der Auftragsvergabe „beschäftigungsfreundlicher“ gestaltet werden. Auf Ablehnung stoßen der Steuerwettbewerb in Europa und die rigide Austeritätspolitik: „Europa ist geschaffen worden, um mehr Wohlstand für alle und Frieden zu erreichen.“ Am Beispiel Griechenland gefährde Europas Sparpolitik sozialen Frieden und Demokratie. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem der Gewinnmaximierung und Spekulationen auf Kosten aller fährt an die Wand.“



Josef Pessler  
AK-Präsident

### KLIPP & KLAR

Den vielen Unkenrufen zum Trotz hat die Bundesregierung eine Lohnsteuerreform beschlossen, die die ArbeitnehmerInnen in Summe um mehr als fünf Milliarden Euro entlasten wird. Ein/e ArbeitnehmerIn, die brutto 2.000 Euro im Monat verdient, zahlt ab 2016 jähr-

### ERFOLG

lich um fast 900 Euro oder 30 % weniger Lohnsteuer als bisher (siehe auch Tabelle auf Seite 9). Das ist ein Erfolg, der nicht zuletzt auf die mit mehr als 882.000 Unterschriften gestützte ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter“ zurückzuführen ist. Diesen Erfolg werden sich ÖGB und AK aber weder kleinreden noch -schreiben lassen. Auch wenn so manche Kommentatoren nicht müde werden, Haare in der (Gegenfinanzierungs)suppe zu suchen, so können sie doch nicht wegdiskutieren, dass es sich bei der nunmehrigen Entlastung um die größte Lohnsteuersenkung seit 40 Jahren handelt. Das Thema „Steuergerechtigkeit“ ist damit aber nicht vom Tisch. Die wirtschaftspolitisch notwendigen und sozial gerechten Vermögenssteuern bleiben weiter auf der AK-Agenda.



Sozialminister Rudi Hundstorfer kündigte im steirischen Arbeitnehmerparlament eine Bildungsverpflichtung bis zum 18. Lebensjahr an. (AK/Kanizaj)





# Vorzeitiger Austritt nur mit Fristsetzung berechtigt

Böses Erwachen für einen Beschäftigten, der längere Zeit (mehr als drei Monate) kein Entgelt erhalten, aber regelmäßig seinen Arbeitgeber auf den ausständigen Lohn hingewiesen hat. Sein vorzeitiger Austritt ist unberechtigt erfolgt, entschied kürzlich das Oberlandesgericht Wien, weil der Arbeitnehmer versäumt habe, die ausständigen Gelder per Nachfrist einzufordern.

## Schriftlich Nachfrist setzen

AK-Arbeitsrechtsexperte Dr. Armin Gibiser: „Um jedes Risiko zu vermeiden, sollte man in jedem Fall schriftlich eine 10- bis 14-tägige Nach-

**Ein vorzeitiger Austritt** aus einem Arbeitsverhältnis wegen Lohnrückständen ist nicht berechtigt, wenn dem Arbeitgeber keine Nachfrist zur Zahlung der Rückstände gesetzt wurde.

frist setzen und für den Fall, dass innerhalb dieser Frist nicht das gesamte ausständige Entgelt ausbezahlt wird, den Austritt androhen.“

## Bei Insolvenz unmöglich

Nach Ablauf der Frist muss der Arbeitnehmer bei seiner Bank prüfen, ob das gesamte ausständige Entgelt überwiesen wurde, und außerdem beim Konkursgericht nachfragen, ob über das Vermögen des Arbeitgebers ein Insolvenzverfahren eröffnet worden

ist. Wenn nämlich bereits ein Insolvenzverfahren läuft, ist kein vorzeitiger Austritt wegen Entgeltvorenthaltung mehr möglich.

## Rechtsfolgen

Ist ein Austritt unberechtigt, verliert ein Arbeitnehmer die beendigungsabhängigen Ansprüche, wie den offenen Urlaub. Arbeiter können auch, abhängig vom Kollektivvertrag, um die Sonderzahlungen (Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration)

umfallen. „Weitaus schwerwiegender können aber Schadenersatzansprüche des Arbeitgebers ausfallen“, warnt der AK-Experte.

Der Arbeitgeber kann den Ersatz aller Schäden fordern, die ihre Ursache in der rechtswidrigen Vertragsauflösung durch den Arbeitnehmer haben. „Immer häufiger finden sich in Arbeitsverträgen auch Konventionalstrafen, die pauschalierte Schadenersatzansprüche – unabhängig vom konkret eingetretenen Schaden – vorsehen“, erklärt Gibiser. Diese seien in der Regel zulässig.

[rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)

## Putzfrau verdiente 2.600 Euro zu wenig

Die Steirerin hatte diese Lohndifferenz, weil sie im „billigeren“ Kollektivvertrag angestellt war. AK klagte und gewann.



Mitarbeiter im „billigeren“ Kollektivvertrag anzustellen ist laut Gewerbeordnung nicht zulässig. (Fotolia/Kaspars Grinvalds)

Mit einer überhaupt nicht einsichtigen Firma hatte die AK-Expertin Mag. Martina Schöngrundner zu tun.

Nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses kam eine Reinigungshilfe in ihre Beratung, um abzuklären, ob die Endabrechnung korrekt durchgeführt wurde.

Die Frau hatte über eine Firma Hotelzimmer geputzt. Sie war im Kollektivvertrag für Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe, anstatt im „besseren“ für Arbeiter im Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigungsgewerbe.

Die AK-Expertin errechnete Lohndifferenzen von über 2.600 Euro und konfrontierte die Firma. Diese war sich keiner Schuld bewusst. Also brachte Schöngrundner Klage ein.

## Gegen Willkür

Es war offensichtlich, dass sich das Unternehmen durch den anderen Kollektivvertrag Personalkosten sparen wollte. Die Gewerbeordnung schreibt vor, dass diese Firma den

Kollektivvertrag für das Reinigungsgewerbe anzuwenden habe. Dieser entspricht der tatsächlichen Ausübung des Gewerbes und verhindert durch „willkürliche“ Anmeldung eines Gewerbes einen Wettbewerbsvorteil.

In erster Instanz entschied das Landesgericht Graz zugunsten der Dienstnehmerin. Die Gegenseite legte Berufung ein und der Fall ging vor das Oberlandesgericht in Graz.

## Nächste Instanz

Das Urteil wurde hier bestätigt, da das beklagte Unternehmen tatsächlich eine Gewerbeberechtigung für das Reinigungsgewerbe hätte haben müssen.

## TIPP

Die Expertin rät generell: „Informieren Sie sich im Vorfeld, welcher Kollektivvertrag auf die Branche zur Anwendung kommt.“ Darin stehen die Mindestentgelte ebenso wie die Rechte des Arbeitnehmer.

[barbara.schoen@akstmk.at](mailto:barbara.schoen@akstmk.at)



Zwei Wochen Pflegefreistellung pro Jahr für Kinder bis zum 12. Lebensjahr. (Fotolia/Kaspars Grinvalds)

# Pflegefreistellung bis zu zwei Wochen

Wenn das Kind krank wurde oder nahe Angehörige gepflegt werden müssen, gibt es bis zu zwei Wochen bezahlte Pflegefreistellung. Der Chef muss nicht zustimmen.

Die dreijährige Anna schreit und hat Fieber – der Kindergarten muss ausfallen. Aber wer passt auf die Kleine auf? Der Vater ist schon frühmorgens zur Arbeit und auch Mutter Helga C. sollte zu ihrer Firma aufbrechen. „Für diese Fälle gibt es die Pflegefreistellung“, weiß AK-Rechtsexperte Mag. Stefan Schmelzer. „Alle Beschäftigten haben Anspruch drauf, im Ernstfall ihre Kinder oder nahe Angehörige zu betreuen. Es genügt eine umgehende Mitteilung an den Arbeitgeber.“

## Gerne genutzt

Diese Regelung wird gerne genutzt, ergab eine Studie

im Auftrag der Wiener Arbeiterkammer: Innerhalb der vergangenen zwölf Monate nahm ein Drittel der befragten Beschäftigten, die Kinder haben, Pflegefreistellung. Dabei gibt es je nach Familien- und Arbeitssituation sowie dem Geschlecht große Unterschiede. Oft in Pflegefreistellung gehen Alleinerziehende, Beschäftigte in Großbetrieben und weibliche Vollzeitkräfte, seltener hingegen Beschäftigte in Kleinbetrieben, Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Stunden pro Woche und Männer – egal ob mit Teil- oder Vollzeitbeschäftigung. Mehr als die Hälfte der Freistellungen dauerten ein bis drei

Tage. Da die Ausschöpfung des Anspruchs von bis zu zwei Wochen nur selten notwendig war, zeigte sich die große Mehrheit der Betroffenen mit der gesetzlichen Regelung sehr zufrieden. Bei 90 Prozent der Befragten gab es innerbetrieblich keine Probleme, bei zehn Prozent nervten schiefe Blicke oder der Arbeitgeber „verbot“ die Freistellung.

## Rechtsanspruch

„Ein Verbot ist natürlich nicht möglich, da ein gesetzlicher Anspruch besteht“, klärt Jurist Schmelzer auf. Sollte jemand aufgrund einer Pflegefreistellung gekündigt oder gar fristlos entlassen werden, sollte wegen manchmal kurzer Einspruchsfristen umgehend die AK-Beratung kontaktiert werden. **St. H.**

## Pflegefreistellung

Pro Arbeitsjahr steht eine Woche (wöchentliche Arbeitszeit) bezahlte Pflegefreistellung zu,

- um nahe Angehörige, die im selben Haushalt wohnen, zu pflegen. Handelt es sich um das leibliche Kind, ist ein gemeinsamer Haushalt nicht notwendig;
- wenn die Betreuungsperson eines gesunden Kindes aus schwerwiegenden Gründen verhindert ist. Das eigene Kind muss nicht im Haushalt wohnen, wohl aber Kinder von Ehepartnern, eingetragenen Partnern und Lebensgefährten;
- wenn die Begleitung eines erkrankten Kindes (bis zum 10. Geburtstag) bei einem Krankenhausaufenthalt notwendig ist (Wohnsituation wie oben).

## Zweite Woche

Anspruch auf eine zweite Woche Pflegefreistellung besteht, wenn das eigene Kind (bis zum 12. Geburtstag) oder das im selben Haushalt wohnende Kind des Partners/der Partnerin neuerlich erkrankt.

## Bestätigung

Der Arbeitgeber muss so rasch wie möglich informiert werden. Auch eine stundenweise Inanspruchnahme ist möglich. Die Pflegefreistellung gilt auch für geringfügig Beschäftigte. Der Dienstgeber darf eine ärztliche Bestätigung über den Pflegebedarf verlangen, muss aber für das Attest die Kosten tragen. Sollte der Anspruch auf Pflegefreistellung bereits ausgeschöpft sein, darf eigenmächtig, also ohne Zustimmung des Chefs, restlicher Urlaub angetreten werden (gilt für Kinder bis zum 12. Geburtstag).





Spatenstich für das Fahrsicherheitszentrum in Puntigam: (v. l.) Margit Krammer, Wilhelm Techt, Walter Christian, AK-Präsident Josef Pessler und Harald Senkl. (Foto: bfi)

## 0800 / 215 430 – Ihr Draht zur Bildung

Die **Bildungsberatung Steiermark** bietet am Steirischen Bildungstelefon ein neutrales und kostenfreies Angebot der Bildungs- und Berufsberatung für Erwachsene.

Im unübersichtlichen Ldschungel der Bildungsangebote und in einer sich ständig ändernden Berufswelt werden Aus- und Weiterbildungen im Sinne des lebenslangen Lernens immer wichtiger. Weiterbildung fördert die Karrierechancen, erleichtert berufliches Fortkommen oder auch einen Berufswechsel und bereichert auch in persönlicher Hinsicht.

### Kostenfreie Beratung

Die Bildungsberatung Steiermark ist unter der Nummer 0800 / 215 430 kostenlos er-

reichbar. Am Bildungstelefon beraten Sie die AK und das Bildungsnetzwerk Steiermark als zwei von vier beratungsaktiven Partnern in diesem Netzwerk, das steiermarkweit alle Erwachsenen, unabhängig von Herkunft, Erwerbsstatus oder Lebensalter, berät. Ob man sich beruflich oder persönlich weiterbilden will, ob man einen Abschluss nachholen oder sich neu orientieren möchte, sind nur einige Fragen von vielen, die abgeklärt werden können. Selbstverständlich sind alle Beratungsangebote kostenfrei!

## Starke Front für politische Bildung

Landeschülerversammlung und Arbeiterkammer machen sich gemeinsam für Politische Bildung in der Schule stark. AK-Präsident Josef Pessler: „Der Begriff Volksherrschaft, den das Wort Demokratie ausdrückt, muss immer wieder gelernt werden.“ Generell fordert der AK-Präsident Politische Bildung als

Pflichtfach in der Schule und den Ausbau der LehrerInnenfortbildung. LSV-Demokratiereferent Christoph Purgstaller beklagte, Jugendliche bekämen zu wenig Infos über Ziele der Parteien. Insgesamt organisiert die Schülerversammlung rund 50 Veranstaltungen bis zur steirischen Landtagswahl.



Bei einem Aktionstag am 7. Mai diskutierten rund 250 Schüler mit dem bekannten Politikwissenschaftler Peter Filzmaier im Kammersaal. (AK)

## bfi: Fahrsicherheit für Hubstapler

**bfi errichtet neues Fahrsicherheitszentrum** in Graz-Puntigam und bezog neue Räumlichkeiten in Gleisdorf.

Am 28. Mai eröffnet das bfi Steiermark als erste österreichweite Bildungseinrichtung in Kooperation mit Linde Fördertechnik Handling GmbH ein eigenes Fahrsicherheitszentrum für Hubstapler aller Bauarten, um zukünftig die steirischen Unternehmen vor Produktionsausfällen, Schäden und Haftungen zu schützen. Durch verstärktes hochwertiges Praxistraining mit innovativen Ausbildungsmethoden und Hightech-Equipment sichert sich das bfi die Marktführerschaft im Hubstapler-Ausbildungssegment. bfi-Geschäftsführer Dr. Wilhelm Techt: „Mit dieser vertiefenden Ausbildung wird eine langjährige Forderung der Wirtschaft erfüllt, die zu mehr Fahrsicherheit und damit zu geringeren Personen- und Sachschäden führt.“ Abgerundet wird diese Ausbildungsschiene mit einer Vielfalt an

zusätzlichen Produkten im Logistikbereich, die speziell auf die Wirtschaft zugeschnitten sind. „Besonderes Augenmerk im Training wird auch auf deichselgeführte Staplerfahrzeuge gelegt, die im großen Ausmaß im Handel eingesetzt werden und derzeit noch nicht führerscheinpflichtig sind“, so Techt weiter.

### Gleisdorf neu

Kürzlich wurden die neuen Räumlichkeiten des bfi-Bildungszentrums Gleisdorf durch LH Franz Voves am Rathausplatz 6a feierlich eröffnet. Mit den für diese Region relevanten Bildungsschwerpunkten Lehre mit Matura, Berufsreifeprüfung, Persönlichkeitsbildung, Gesundheit und Soziales und Management und EDV soll dem Bedarf an klassischen und innovationsorientierten neuen Bildungsthemen Rechnung getragen werden.



Klaus Breuss: Bunte Haare und Tattoos nicht in Bewertung einbeziehen. – Rechts: Jeder Fünfte fällt bei Lehrabschlussprüfung durch. (AK/goodluz – Fotolia)



## Die Reifeprüfung der Lehre

Das Wichtigste für ihn ist die Wertschätzung des Prüflings, sagt Michael Pronegg. Der junge Mensch habe drei bis vier Jahre lang eine Lehre gemacht. Und wenn der dann am Prüfungstag vor einem stehe und nervös sei, „darf man kein i-Tüpfel sein. Entscheidend ist, dass der Prüfling das Fach versteht, nicht ob er in der Aufregung ein paar Details verwechselt.“ Michael Pronegg ist einer von knapp 500 Fachleuten, die von der Arbeiterkammer auf Vorschlag von ÖGB und Gewerkschaften als Prüfungsbeisitzer nominiert wurden. Zusammen mit einem Firmenchef, der im betreffenden Fach Lehrlinge ausbildet, und einer von der Wirtschaftskammer nominierten Fachperson werden so dreiköpfige Prüfungskommissionen gebildet, die jährlich in der Steiermark 7.500 Abschlussprüfungen in 134 Lehrberufen abnehmen.

### Das Eis brechen

Vor jeder Prüfung sollte man sich bewusst machen, dass man in der Rolle einer Autoritätsperson auftritt, die

**Die Lehrabschlussprüfung:** Der wichtigste Tag im jungen Berufsleben zehrt an den Nerven, sonst abrufbares Wissen verwischt wie der Schweiß auf der Stirn. Gut, dass es einfühlsame Prüfer gibt.

Lebensläufe beeinflusst, sagt Klaus Breuss. Der gelernte Bürokaufmann und jetzige ÖGB-Bildungschef, der selbst zahlreiche Prüfungen abgenommen hat, rät zu einem kurzen Rückblick: „Wie war ich mit 18 Jahren, wie war das mit meiner Nervosität und Prüfungsangst?“ Gut sei es, zum Einstieg das Eis zu brechen und mit unbedeutenden

Smalltalk-Fragen zu beginnen. Das Aussehen mancher junger Menschen solle man ausblenden: „Bunte Haare, Tattoos oder Piercings gehören zur Jugendkultur und haben nichts mit der Bewertung des Ausbildungsniveaus zu tun.“ Zur Aufgabe des Prüfers gehöre auch die Analyse von Stärken und Schwächen: „Etwa zu weiteren Bildungsschritten motivieren oder ob ein schlechtes Prüfungsergebnis selbst verschuldet oder Ergebnis von unzureichender Ausbildung war.“

### Ehrenamt

Über den Fachkräftemangel werde ständig gejammert, aber viele Betriebe sehen die Lehrlingsausbildung nur als Kostenfaktor, ärgert sich AK-Präsident Josef Pessler. „Wir kämpfen dafür, dass alle Betriebe ihren Beitrag zur Lehrausbildung leisten.“ Eine Umfrage bei den von der Arbeiterkammer nominierten



Michael Pronegg: Entscheidend, ob Prüfling sein Fach versteht. (AK/Graf)

Prüfern hat gezeigt, dass auch die Tätigkeit der Prüfer in den Unternehmen als Kostenfaktor gesehen wird. „49 Prozent der Prüfer müssen Urlaub oder Zeitausgleich nehmen, um ihre Prüfungstätigkeit wahrzunehmen“, weiß AK-Experte Manuel Pfister. Das Engagement für die Jugend wird gerade mit 24 Euro pro Prüfungstag abgegolten. Der AK-Präsident: „Eine bezahlte Freistellung für die Prüfungstätigkeit ist unbedingt notwendig.“ Wir kämpfen für bessere Voraussetzungen für die Beisitzerinnen und Beisitzer, meint Lehrlingsexperte Pfister. Rund ein Fünftel der Prüfungen endet mit einer negativen Benotung. Die AK-Jugend analysiert die Prüfungsstatistik der einzelnen Branchen, um bei einer Häufung negativer Beurteilungen passende Maßnahmen zu setzen. Wer auf Nummer sicher gehen will, kann bei zahlreichen Institutionen LAP-Vorbereitungskurse besuchen. Dafür gibt es auf Antrag bei der WK bis zu 250 Euro Förderung. [stephan.hilbert@akstmk.at](mailto:stephan.hilbert@akstmk.at)



Das undemokratische, auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Wirtschaftssystem stand bei einer prominent besetzten Podiumsdiskussion am Pranger.

# Wirtschaftssystem in Frage gestellt



Neue Spielregeln für die Wirtschaft: Reges Interesse bei Podiumsdiskussion in der Wirtschaftskammer. (INFOGRAZ.at/Christine Kipper)

nur ins Verderben führen: „Höchste Zeit, dass die Politik die Zügel in die Hand nimmt und für Rahmenbedingungen sorgt, dass die Wirtschaft im Sinne der Menschen organisiert wird.“

Dem Hausherrn, WK-Präsident Josef Herk, blieb es vorbehalten, Vorsicht beim Ruf nach einer Systemänderung einzumahnen: „Wir leben nicht in einem gallischen Dorf.“ Zuvor hatte Univ.-Prof. Bernhard Ungericht die Demokratisierung der Ökonomie als „wichtigste Herausforderung der Gesellschaft“ bezeichnet (siehe Gastkommentar).

Das System fährt an die Wand“, stellte Landeshauptmann Franz Voves bei der Diskussionsveranstaltung „Wirtschaft für alle – ohne Demokratie?!“ fest. Er gehöre nicht zu denen, die sagen, es gebe keine Alternative zum vorherrschenden Wirtschaftssystem, das nur Gewinnmaximierung und Konkurrenzdruck statt Kooperation kenne: „Die nächste Generation braucht etwas anderes.“ Bei AK-Präsident Josef Pesserl lief Voves damit offene Türen ein. Auf lange Sicht könne das vorherrschende System



## ZAK i Gastkommentar

**Ao. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Ungericht**

Institut für Unternehmensrechnung und Reporting, Uni Graz

### Eine (Heraus-)Forderung unserer Zeit

Wir lehnen ein politisches System ab, in dem Entscheidungsträger keinerlei Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung haben. Diktatur, Autokratie, Expertokratie sind nicht vereinbar mit einem demokratischen Gemeinwesen. Aber wie ist das in der Wirtschaft? Die Wirtschaft prägt heute unser aller Leben in enormer Weise und beeinflusst maßgeblich die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen. Macht „das Gold die Regeln“ und nicht wir – die Betroffenen?

Unter Wirtschaftsdemokratie versteht man die Ausdehnung des Demokratieprinzips auf die Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie soll (1.) eine Mitsprache der Betroffenen von wirtschaftlichen Entscheidungen sicherstellen und (2.) verhindern, dass sich eine Gruppe von mächtigen Wirtschafts-

teuren auf Kosten aller anderen bereichern kann.

Nach den beiden Weltkriegen war Wirtschaftsdemokratie eine zentrale Forderung. Nie wieder sollte es den wirtschaftlich Mächtigen möglich sein, sich der demokratischen Kontrolle komplett zu entziehen und ihre Macht politisch zu missbrauchen.

Die Ausschaltung demokratischer Kontrolle und die Auslöschung demokratischer Institutionen durch wirtschaftlich mächtige Akteure ist aber auch heute eine reale Gefahr: Der Leiter des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, Wolfgang Streeck, konstatiert gegenwärtig „eine Krise des demokratischen Staates“. Demokratische Staaten würden zunehmend „in Inkassoagenturen im Auftrag einer globalen Oligarchie von Investoren verwandelt werden“. Anstelle des demokra-

tischen Staates als Garant des Gemeinwohls tritt der Wettbewerbsstaat, der in erster Linie die Kapitalrentabilität sichern soll – auch zulasten der Mehrheit der Bevölkerung. Entdemokratisierung geschieht auch, wenn in Wirtschaftsabkommen (aktuell TTIP) demokratisch nicht legitimierte Akteure in ihrem Interesse Regeln für Staaten festschreiben, die nicht mehr durch demokratische Volksentscheide rückgängig gemacht werden können.

Wirtschaftsdemokratie ist auch hinsichtlich großer Zukunftsfragen relevant. Ewiges Wachstum wird aus vielen Gründen nicht mehr möglich sein. Wohlstand ohne Wachstum ist aber eine entscheidende demokratische Frage: Wie viel müssen wir überhaupt produzieren, wie und wo werden diese Produkte erzeugt und verteilt? Wirtschaftsdemokratie ist damit auch die Altern-

tive zur Herrschaft einer kleinen Elite, welche die Lebensbedingungen der Mehrheit kontinuierlich verschlechtert.

In einer aufgeklärten Gesellschaft ist nicht die Frage: „Wieviel Demokratie verträgt die Wirtschaft?, sondern: „Welche Art von Wirtschaft ist einer demokratischen Gesellschaft angemessen?“

Gehaltvolle Demokratie heißt, dass die entscheidenden gesellschaftlichen Fragen zu demokratischen Angelegenheiten gemacht werden: Wie schaffen wir sinnstiftende Arbeit, wie verteilen wir die Arbeit und die Früchte der Arbeit gerecht? Wie schaffen wir den zivilisierten Ausstieg aus dem gegenwärtigen Ressourcenverschwendungsmodell? Dabei müssen wir nicht alles neu erfinden: Es gibt genügend Beispiele und Vorschläge für die Demokratisierung der Wirtschaft (mehr dazu in der nächsten Ausgabe).

**Weiterführende Beiträge unter: [www.imzuwi.org](http://www.imzuwi.org)**

# Lohnsteuersenkung: Es raschelt im Geldbörse

„Mehr netto vom Brutto“ war das Ziel der ÖGB-Kampagne zur Lohnsteuersenkung. Mit der 2016 in Kraft tretenden Steuerreform ist das auch gelungen.

Die Lohnsteuersenkung lässt es ganz kräftig in den Geldbörseln der ArbeitnehmerInnen rascheln: In Summe werden die LohnsteuerzahlerInnen um 5,1 Milliarden Euro entlastet. Heruntergebrochen auf die Bruttolöhne, entspricht das je nach Einkommenskategorie einer Lohnsteuersenkung um bis zu 42,8 % (siehe nebenstehende Grafik).

Beschäftigte, deren Einkommen so niedrig ist, dass es zu gar keiner Steuerpflicht

## ZAK Zitat

„Vor allem kleine und mittlere Einkommen entlastet“

AK-Präsident Josef Pesserl

kommt, profitieren in Form einer Steuergutschrift, erläutert ÖGB-Steuerexperte Mag. Georg Kovarik.

## Eingangssteuersatz gesenkt

Der größte Brocken der Tarifreform ist die von AK und ÖGB vehement geforderte Senkung des Eingangssteuersatzes von 36,5 auf 25 %. Statt bisher drei gibt es ab 2016 je nach Jahreseinkommen sechs Lohnsteuertarife.

## Gegenfinanzierung

Zur Gegenfinanzierung rechnet das Modell der Regierung mit

- 0,8 Milliarden durch Selbst-

## Steuertentlastung der Arbeitnehmer/innen durch die neuen Steuertarife



Mehr Gerechtigkeit durchgesetzt: Niedrige Einkommen werden ab 2016 stärker entlastet.

mieden, lediglich bei einzelnen Produktgruppen (z. B.

## ZAK Zitat

„Erfolg der Kampagne mit fast 900.000 Unterschriften“

ÖGB-Vorsitzender Horst Schachner

Pflanzen, Futtermittel, Bäder, Kino, Museen, Beherbergung)

finanzierung (höhere Nettoeinkommen führen zu mehr Konsum und damit zu mehr Mehrwertsteueraufkommen)

- 1,8 Milliarden durch Betrugsbekämpfung
- 1 Milliarde durch Förderungskürzungen
- 1 Milliarde durch die Beseitigung von Ausnahmen
- 0,5 Milliarden durch vermögensbezogene Steuern

Eine generelle Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde ver-

soll der Steuersatz von bisher 10 auf 13 % steigen.

Die Orientierung der Grunderwerbssteuer für Angehörige am Verkehrswert kann je nach Lage eine höhere, aber auch eine niedrigere Steuer bewirken.

Unter dem Strich sieht Kovarik die Bedingung, dass sich die ArbeitnehmerInnen die Lohnsteuersenkung nicht selbst finanzieren, erfüllt.

**berndt.heidorn@akstmk.at**





Voll Vital

## Ernährungstipps

von  
Dr. Michaela Felbinger

## G'frett mit dem Milchezucker

**Laktose ist ein in der Milch** enthaltener Zucker: der Milchezucker. Läuft alles normal, wird der Zucker im Dünndarm aufgespalten und kann so von den Blutgefäßen des Darms aufgenommen werden. Fürs Aufspalten ist allerdings das Enzym Laktase notwendig.

Genau dieses Enzym macht bei der Milchezuckerunverträglichkeit das Problem. Durch einen Mangel kann der Zucker nicht optimal „verdaut“ werden, gelangt sozusagen „unverdaut“ in den Dickdarm. Dort wird er von Bakterien der Darmflora abgebaut. Dabei entstehen Säuren und Darmgase, die Beschwerden verursachen. Die Laktoseintoleranz ist somit eine Nahrungsmittelunverträglichkeit aufgrund eines Enzymmangels und nicht – wie häufig angenommen – eine Nahrungsmittelallergie. Nicht zu verwechseln mit der deutlich selteneren Kuhmilchallergie. Der entscheidende Unterschied: Das Immunsystem reagiert hier überschießend auf Eiweiße der Milch.

meist entscheidende Hinweise. Die gängigste Methode, die Milchezuckerunverträglichkeit nachzuweisen, ist ein einfacher Atemtest.

**Was hilft?**

Die Ernährung konsequent umstellen, also Milch und Milchprodukte entsprechend einschränken. Austesten, wie

Butter, reife Käsesorten (Emmentaler, Tilsiter, Edamer, Parmesan), und viele Weichkäsesorten (Camembert, Ricotta, Schafskäse, Rahmbrie). Milchprodukte mit künstlich reduziertem Laktosegehalt.

**Mittlerer Laktosegehalt** (bis 4,5 Gramm Laktose pro 100 Gramm): Joghurt, Sauermilch, Buttermilch, Sauerrahm, Schlagobers, Topfen, Hüttenkäse ...

Topfen, Hüttenkäse oder andere Frischkäsesorten werden meist gut vertragen, da bei der Herstellung die milchezuckerhaltige Molke zum Teil entfernt wird. Der „trockene“ Bröseltopfen (Molke fast vollständig entfernt) wird daher noch besser vertragen.

**Laktosereiche Nahrungsmittel** (über 4,5 Gramm pro 100 Gramm): Milch, Molke, Speisen, die Milch,

Milchpulver oder Milchezucker enthalten. Vom Pudding bis zur Milchsokolade reicht die Palette.

**Was noch helfen kann**

Laktasepräparate (Tabletten, Kapseln, Pulver), die das fehlende Enzym ersetzen und damit die Verträglichkeit verbessern. Bewähren sich auch als Helfer bei „verdächtigem“ Essen, etwa im Restaurant oder bei Einladungen.

**E-Mail:**

M.Felbinger@mozartpraxis.at

viel man in etwa verträgt. Dafür für ca. 2-4 Wochen auf laktosefreie Ernährung umstellen. Dann langsame Erweiterung des Speiseplanes mit laktosearmer Ernährung (10 Gramm Laktose pro Tag) versuchen.

**Laktosefrei** sind alle Lebensmittel, die keine Milch- oder Milchprodukte enthalten: z. B. Gemüse, Obst, Kartoffeln, Reis, Getreidesorten, Fleisch, Fisch usw.

**Fast laktosefrei:** (weniger als 1 Gramm Laktose pro 100 Gramm):



Kindersonnenbrillen bieten guten UV-Schutz. (Alexandre Zveiger – Fotolia)

## Gut kann auch günstig sein

**Der UV-Schutz ist** bei allen Sonnenbrillen für Kinder gegeben. Große Unterschiede gibt es beim Preis und bei der Stabilität der Brillen.

25 Sonnenbrillen für Kinder wurden vom Verein für Konsumenteninformation im Auftrag der steirischen Arbeiterkammer ausführlich getestet. Erfreuliches Ergebnis: Alle Modelle bieten einen guten UV-Schutz, sagt Mag. Susanne Bauer, Leiterin der AK-Marktforschung. „Das Preisband und die Tests der Haltbarkeit zeigen aber enorme Unterschiede.“

Simuliert wurde ein harter Kinderalltag: Reinigung mit Putztuch, fünf Mal Falltest aus 1,5 Meter Höhe und fünf Mal Sitztest. Dazu kam noch die subjektive Bewertung über den seitlichen Sonnenschutz. Das teuerste Modell (Ray Ban, Modell Jr T) um 79 Euro schnitt nur wenig zufriedenstellend ab, weil schon bei der Reinigung ein Glas herausfiel. Hingegen landete eine günstige Brille (Ultimate Spider-Man von C&A) um fünf Euro knapp hinter dem Testsieger (Modell Flipper von Cébé), der 32 Euro kostet. Auch die billigste Brille (Sundance Kids von dm) um 1,95 Euro wurde noch mit sehr gut gewertet. (Details auf [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at))



Bald lockt wieder die weite Welt: Vor einer Buchung sollte man auf mögliche Hoppalas achten. (Remains – Fotolia)

## Tücken bei Online-Buchungen

**Das Buchen von Reisen** im Internet erfreut sich großer Beliebtheit. Immer wieder kommt es bei Buchungen über Online-Portale aber zu Problemen.

In den vergangenen Jahren häufen sich beim Konsumentenschutz der AK Steiermark die Beschwerden zu Reisen, die über Online-Portale gebucht wurden. Neben undurchsichtigen Preisangaben und versteckten Kosten, wie Service- oder Kreditkartengebühren, tauchen auch immer wieder Probleme mit Stornoversicherungen auf. Hier ist es unter anderem wichtig, auf die Laufzeit der jeweiligen Versicherung zu achten. Oftmals handelt es sich dabei nämlich um Jahresversicherungen, die, wenn man nicht fristgerecht kündigt, automatisch verlängert werden und somit ungewollte Kosten verursachen. Der Konsumentenschutz unterstreicht: Die Versicherungen müssten die Kunden

rechtzeitig vor Ablauf der Kündigungsfrist gesondert informieren – geschieht das nicht, ist eine automatische Verlängerung nicht rechtmäßig.

**Seriosität prüfen**

„Wir empfehlen bei Online-Buchungen generell, eine Recherche über die Seriosität des jeweiligen Buchungsportals zu betreiben“, erklärt AK-Experte Mag. Herbert Erhart. „Bei der Buchung sollten alle Informationen genau durchgelesen und auch Ausdrücke zur Beweissicherung gemacht werden.“

**Hohe Stornogebühren**

Bei der Buchung von Pauschalreisen gilt es zu beachten, in welcher Höhe Stornogebühren verrechnet werden. Oftmals liegen die Gebühren

der Veranstalter weit über der gängigen Norm.

So geschehen bei Herrn G., der für den Sommer eine Flugpauschalreise in die Türkei für rund 1.550 Euro bei einem deutschen Veranstalter online gebucht hat. Aufgrund eines schweren Unfalls stornierte er drei Monate vor Reiseantritt den Urlaub. Daraufhin wurde ihm eine Stornogebühr von 60 Prozent verrechnet. Eine Gebühr in dieser Höhe, bei einem Rücktritt bis 30 Tage vor Reisebeginn, ist aber ungewöhnlich hoch.

In der Regel fallen in diesem Fall nur Gebühren in der Höhe von 10 bis 20 Prozent des Reisepreises an. Die Arbeiterkammer konnte unter Berufung auf eine neue deutsche Rechtsprechung erfolgreich intervenieren und die Stornogebühr für Herrn G. wurde auf die in Deutschland üblichen 20 Prozent herabgesetzt.

Michael Fabian

## VIP-Ticket vom Winde verweht

**Für fünf Sportfans** endete der Skiflug-Weltcup mit einer Enttäuschung: Absage wegen Schlechtwetters und nur teilweise Erstattung des Eintritts.

Zwei Tage lang hätte der Bewerb im Jänner auf der Skiflugschanze am Kulm dauern sollen. Während die Veranstalter trotz widriger Bedingungen die Austragung am Samstag noch ermöglichen konnten, mussten sie am Sonntag wegen eines Sturmes kapitulieren und den Bewerb absagen.

Die fünf Steirer hatten sich knapp 100 Euro teure Tickets für die Fliegerwiesn besorgt. In diesem überdachten Bereich war für Speis und Trank sowie Musik gesorgt, überdies wäre ein Zuschauerbereich nur für diese VIP-Gäste reserviert gewesen. Als zu Mittag der Sturm lebensgefährlich wurde, mussten alle Gäste die Anlage verlassen. In den Medien hieß es, der Eintritt werde rückerstattet. Tatsächlich bekam jeder nur 25 Euro, was dem Standard-Eintritt entsprach.

„Auch unsere Intervention hatte keinen Erfolg“, berichtet AK-Expertin Mag. Nadja Schretter. Die Rückerstattung in der Höhe des reinen Eintrittspreises sei auf Kulanz erfolgt, eine darüber hinausgehende Entschädigung wurde abgelehnt, weil bis zum Abbruch die Leistungen in Anspruch genommen worden waren: „Der Veranstalter hat sich in den AGB, also den Geschäftsbedingungen, gegen Ausfälle bei höherer Gewalt rechtlich abgesichert.“ Das sei in der Branche üblich und juristisch nicht angreifbar. Die Juristin weist darauf hin, dass man Eintrittskarten statt beim Vermittler direkt beim Veranstalter kaufen sollte, da dadurch Spesen wegfallen und bei einer Absage diese Zusatzkosten nie ersetzt werden.



# Wohnkredit: Recht auf verbindliches Angebot

**Damit der Traum vom schönen** Wohnen kein Albtraum wird, sollten die Konditionen für einen Wohnkredit vorher abgeklärt werden.

Ein Hypothekarkredit wird durch Eintragung in das Grundbuch gesichert. Je nach Risikobereitschaft kann für den Kredit ein variabler oder ein fester Zinssatz vereinbart werden, der entweder für die gesamte Laufzeit oder für die Dauer der Zinsbindungsfrist gilt.

Eine Konsumentin hat bei fünf Banken nach einem Wohnkredit nachgefragt und ausschließlich fünf unverbindliche Angebote erhalten. AK-Experte Peter Jerovschek: „Verbraucher haben das Recht auf einen kostenlosen verbindlichen Kreditvertragsentwurf.“ Nur durch verbindliche Konditionen sei es möglich,

Klauseln und sonstige Kosten mit anderen Banken zu vergleichen. Als Grundlage für einen tauglichen Vergleich sollten immer gleiche Laufzeit und gleiche Kredithöhe verwendet werden, da die Anfangskosten unterschiedlich dargestellt werden können.

## Verhandeln lohnt sich

Die derzeit niedrigen variablen Zinsen von 1,5 bis 2 Prozent bei ausreichender Bonität können wieder in die Höhe gehen, wenn die Leitzinsen ansteigen, momentan liegt der meistens verwendete 3-Monats-Euribor de facto bei null Prozent. Generell lohnt es sich, bei Zinsspanne, Bear-

beitungs- und Schätzkosten, Höhe der Pfandrechtseintragung sowie Versicherungen für den Kredit zu verhandeln.

## Sparpotenzial

Die AK hat modellhaft berechnet: Bei einer Kredithöhe von 100.000 Euro macht ein Zinsunterschied von durchgehend 0,25 Prozent – umgelegt auf die gesamte Laufzeit von 20 Jahren – eine Differenz von knapp über 2.800 Euro aus. Für die Gesamtbeurteilung von Kreditangeboten reicht natürlich nicht der Nominalzinssatz aus, sondern es ist der effektive Jahreszinssatz (inklusive aller anfallenden Kosten) heranzuziehen.

# Mit einem Klick 25.000 Euro Schaden

**Was passiert, wenn man auf ein falsches Mail** seiner Bank hereinfällt? Im besten Fall bekommt man Schadenersatz für sein gestohlenen Geld. Im schlechtesten Fall nichts.

Immer wieder wenden sich Geschädigte an die AK, teilweise mit Schadenssummen bis zu 25.000 Euro. So auch Herr K.: Pay Life forderte ihn per Mail auf, seine Zugangsdaten zu aktualisieren – nach einem nicht autorisierten Zugriff auf sein Onlinekonto. Das Mail ist kurz, ohne Rechtschreibfehler und mit dem Logo von Pay Life versehen.

K. öffnete den Link und befüllte die professionell gemachte Maske mit seinen Daten. In den darauffolgenden drei Tagen werden 2.700 Euro von seinem Konto abgebucht. Bestürzt kontaktiert K. Card Complete, wo er eine Visakarte hat, und fordert Schadenersatz. Dieser wird abgelehnt, da er zur strengen Geheimhaltung seines Pins und Passwortes verpflichtet sei. Außerdem war das gefälschte E-Mail von Pay Life, seine Visakarte aber von Card Complete. Sein Verhalten sei grob fahrlässig und die Bank hafte bei grober Fahrlässigkeit nicht.

## Einigung ohne Gericht

Mag. Sandra Battisti von der AK intervenierte. K. hätte – wenn überhaupt – nur leicht fahrlässig gehandelt. Auch Pay Life bietet Visakarten an und es sei schwierig, die Kreditkartenunternehmen auseinanderzuhalten. Und laut „Zahlungsdienstegesetz“ haf-

te die Bank verschuldensunabhängig. Als diese Intervention abgelehnt wird, droht Battisti, den Fall gerichtlich überprüfen zu lassen. Card Complete lenkte ein und übernahm den Schaden, bis zu einem Selbstbehalt von 150 Euro.



**Banken verlangen nie persönliche Daten am Telefon oder per Mail. Im Zweifelsfall werden Passwörter neu verschickt. Falls Sie unsicher sind, lieber bei der Bank nachfragen oder unseren AK Konsumentenschutz anrufen: 05 7799-2396 (Fotolia – Piotr Marcinski)**



## Autowäsche um vier bis 20 Euro

57 Waschanlagen steiermarkweit haben AK-Preisdetektive auf den jeweils günstigsten und teuersten Tarif von Waschprogrammen durchleuchtet. Die einfache Reinigung umfasst Hochdruckwäsche, Radwäsche, Weichbürstenpflege, Aktivschaum und Trocknung und ist ab 3,99 Euro zu haben.

Wer sein Auto besonders liebt, muss für Extras wie Heißwachs, Unterbodenwäsche und Fußmattenreinigung zwischen 9,50 und 19,99 Euro (eni Kärntnerstraße in Graz) hinblättern. „Beim genauen Hinschauen auf die Preistabelle erkennt man Leistungsunterschiede“, erklärt AK-Expertin Daniela Premitzer. Sparen kann man auch durch Aktionen, die von einigen Waschanlagen angeboten werden, wie Zehnerblöcke oder Gratiswäsche ab einer bestimmten Frequenz.

## Thunfisch: bessere Kennzeichnung nötig

Thunfisch ist nicht gleich Thunfisch. Das zeigt eine Untersuchung des VKI im Auftrag der Arbeiterkammer Steiermark. Neben der fehlenden gesetzlichen Kennzeichnung von Fanggebiet und -methode gibt es Preisunterschiede von bis zu 400 Prozent.

Fischers Fritze fischt lange nicht alleine. 2012 wurden weltweit 158 Millionen Tonnen Fisch gefangen. AK Steiermark und der VKI haben sich dem Thunfisch gewidmet und 58 in Österreich angebotene Produkte untersucht. Überraschend ist, dass ein so alltägliches Produkt für KonsumentInnen schwer zu bewerten ist. Durch die verschiedenen Verpackungsgrößen ist es schwierig, einen vergleichbaren Preis zu eruieren, der pro 100 g Abtropfgewicht zwischen 0,92 und 4,61 Euro

liegt. Das ist ein Preisunterschied von 400 Prozent. Dazu ein Tipp aus der AK-Marktforschung: „Befindet sich der Fisch in einer Aufgussflüssigkeit, bezieht sich der Grundpreis auf das Abtropfgewicht, bei Thunfisch in Öl auf die Gesamtfüllmenge inklusive Öl“, sagt Mag. Susanne Bauer. Auch die Kennzeichnung für nachhaltig gefischten Thunfisch wurde geprüft. Von WWF und Greenpeace gibt es Orientierungshilfen. Bauer: „Wir fordern hier aber eine verpflichtende, verbraucherfreundliche Kennzeichnung, damit die Verbraucher Produkte aus nachhaltiger Fischerei sofort erkennen.“ 24 Verpackungen tragen derzeit das MSC-Logo, das den Schutz der Fischbestände und nachhaltige Fangmethoden garantiert.

# Telefonkeiler mit Gutscheinkarten

**Durch aggressive** und fragwürdige Praktiken versuchen Telefonkeiler der Firma „Holidaydreams“, die Vergünstigungskarte „Holidaycard“ zu verkaufen.

Derzeit häufen sich Beschwerden über aggressive Werbeanrufe, bei denen eine sogenannte „Holidaycard“ angepriesen wird. Damit könne man in vielen Hotels kostenlos übernachten und müsse dort nur die Verpflegung zahlen. Zeigt sich ein Konsument interessiert, wird sogleich nach Kontodaten gefragt. Spätestens hier sollten die Alarmglocken schrillen. Wer lediglich der Zusendung von Infomaterial zustimmt, bekommt die besagte Holidaycard prompt per Post – allerdings gleich mit Rechnung über 52 Euro und einem Zahlschein.

Über weitere Telefonanrufe und Mahnbriefe werde außerdem versucht, der Zahlungsaufforderung Nachdruck zu verleihen, obwohl einige Betroffene angeben, gar keinen kostenpflichtigen Vertrag abgeschlossen zu haben. Seit Inkrafttreten des neuen Fern- und Auswärtsgeschäftegesetzes (FAGG) am 13. Juni 2014 münden telefonisch geschlossene Vereinbarungen nicht mehr automatisch in

einen neuen Vertrag, erklärt AK-Experte Mag. Rainer Seewann.

## Schriftliche Annahme nötig

Für einen gültigen Vertrag muss dem Verbraucher eine Bestätigung seines Vertragsanbots vorliegen, sodann muss der Konsument dem Unternehmer eine schriftliche Erklärung über die Annahme dieses Anbots übermitteln. „Ohne diese schriftlichen Erklärungen auf einem dauerhaften Datenträger gibt es keinen gültigen Vertrag.“ Tatsächlich hat der Unternehmer keinen Entgeltanspruch, wenn er einfach eine Leistung ohne Vertragsgrundlage erbringt. Der AK-Konsumentenschutz rät, sich nicht durch mehrfache Mahnungen oder Ankündigung von der Einschaltung eines Inkassobüros verunsichern zu lassen. Generell ist besondere Vorsicht angesagt, wenn telefonisch angeblich tolle Angebote oder „Schnäppchen“ angeboten werden und zugleich nach persönlichen Daten oder sogar Bankverbindungen gefragt wird.



Lockruf der Callcenter: Ohne schriftliche Annahme haben aber telefonisch geschlossene Verträge keine Gültigkeit. (lenets tan – Fotolia)



**Apfelsaft von guter Qualität** gibt es schon um wenig Geld. Überraschend ist der hohe Zuckergehalt.

Manche Produzenten suggerieren Heimat, obwohl die Apfel für ihren Saft nicht aus Österreich kommen.  
(Foto: vamfeldman/Fotolia)



# Saftige Überraschungen

**Bio muss nicht teurer sein.** Ob man sich bei Direktsäften für einen konventionell oder einen biologisch erzeugten entscheidet (bei Konzentraten gibt es diese Auswahl erst gar nicht), macht beim Blick auf den Preis kaum einen Unterschied. So kosten zum Beispiel Biotrend von Lidl oder Zurück zum Ursprung von Hofer etwa gleich viel wie die herkömmlich erzeugten Säfte von Billa oder Höllinger. **Schadstoffe.** Ausgesprochen erfreulich fielen die Ergebnisse bei der Untersuchung auf Schwermetalle und Pflanzenschutzmittel aus. In keiner einzigen Probe konnte eine Belastung nachgewiesen werden. Auch das Schimmelpilzgift Patulin ist bei den getesteten Säften kein Thema. **Geschmack.** Insgesamt erreichten naturtrübe Apfelsäfte deutlich bessere Ergebnisse als solche aus Konzentrat. Lediglich der klare Apfelsaft von Pfanner konnte neben der naturtrüben Konkurrenz geschmacklich bestehen. **Ganz schön süß.** Die Spanne reicht bei Direktsäften von 94 Gramm (Biotrend/Lidl) bis zu 120 Gramm Zucker pro Liter (happy day). Etwas weniger süß sind die klaren Säfte aus Konzentrat. Zur Veranschaulichung in Zuckerwürfeln ausgedrückt würde das hei-

ben: Wer einen Liter Apfelsaft trinkt, hat gleich einmal umgerechnet zwischen 24 und 30 Stück Würfelzucker intus. Auch wenn es sich dabei um fruchteigene Süße handelt, ändert das nichts daran, dass in einem Liter Apfelsaft unglaubliche 400 bis fast 500 Kilokalorien aus Zucker stecken! **Der Zuckerschmäh.** Und was ist bei Säften mit der Auslobung „kein Zucker zugesetzt“? Vergessen Sie diese Werbung, denn das ist eine Selbstverständlichkeit. Kein Apfelsaft

darf „aufgezuckert“ werden. **Der Zimtschmäh.** „Mit Zimt veredelt“ steht auf der Flasche von „Omi's Apfelstrudel“. Der Saft wird nur mit Zimtaroma aufgepeppt. **Der „Österreich-Schmäh“.** „Hergestellt in Österreich“ steht bei Spar (100 % Apfel) und dem Direktsaft von Jeden Tag (Zielpunkt) auf dem Karton. Geschmückt ist der Schriftzug mit einer Österreich-Flagge. Kommen diese Säfte aus Österreich? Nein! Sie werden hier nur rückverdünnt

und abgefüllt. Mit einem lieblichen Tal, umrahmt von Bergen, und einem Apfelbaum mit leuchtend roten Äpfeln wirbt der 100 % Apfel von Pfanner. Also stammt die Rohware für diesen Saft aus dem Inland? Fehlanzeige: Die Äpfel kommen aus verschiedenen EU-Ländern, Österreich inklusive. Nur die Verarbeitung passiert hier. Fazit: Eine rot-weiß-rote Fahne und ein „hergestellt in Österreich“ sagen nichts über die tatsächliche Herkunft eines Lebensmittels aus.

## Testergebnisse Apfelsaft

bei gleicher Punktezahl Reihenfolge nach Preis

Marke	Bezeichnung	Bio-Produkt	AMA-Bio-Gütesiegel	Äpfel aus Österreich <sup>1)</sup>	Preis in €	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	ZUSAMMENSETZUNG 40%	Zucker in g/l	5-HMF in mg/l	Chlorogensäure in mg/l	SCHWERMETALLE 5%	PFLANZENSCHUTZMITTEL 5%	PATULIN 5%	MIKROBIOLOGIE 5%	LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG 10%	EXPERTENVERSTÜTUNG 5%	LAUWERKSTÜTUNG 25%
<b>DIREKTSAFT</b>																	
Spar	Natur Pur	Bio-Apfel naturtrüb	●	○	1,89	sehr gut (95)	++	96	2	103	++	++	++	++	++	++	++
natürlich für uns	Bio-Apfelsaft naturtrüb	●	○	○	1,99	sehr gut (89)	++	107	2	50	++	++	++	++	○	++	++
Zurück zum Ursprung	Apfelsaft	●	○	●	1,79	sehr gut (88)	+	95	2	99	++	++	++	++	++	++	++
Billa	Apfel naturtrüb	○	●	●	1,69	sehr gut (82)	+	107	2	96	++	++	++	++	○	++	++
Jeden Tag	Apfelsaft naturtrüb	○	○	○	0,79	gut (79)	+	101	2	152	++	++	++	++	○	++	+
Ich bin Österreich	Apfelsaft naturtrüb	○	○	○	1,89	gut (76)	○	114	3	63	++	++	++	++	++	++	++
Biotrend	Bio-Apfelsaft naturtrüb	●	○	○	1,69	gut (69)	○	94	2	75	++	++	++	++	○	++	+
ja! Natürlich	Milder Direktsaft Apfel	●	●	●	1,99	gut (68)	○	109	5	51	++	++	++	++	○	++	+
happy day	100 % Apfel naturtrüb	○	○	○	1,99	durchschnittlich (50)	+	120	2	160	++	++	++	++	-	○	+
Höllinger	Steirischer Apfel naturtrüb	○	○	○	1,79	durchschnittlich (40)	○	102	2	58	++	++	++	++	---	++	++
<b>AUS KONZENTRAT</b>																	
Spar	100 % Apfel der Steiermark	○	○	○	1,09	sehr gut (87)	++	100	3	60	++	++	++	++	++	++	++
Pfanner	100 % Apfel	○	○	○	1,59	sehr gut (85)	++	98	12	57	++	++	++	++	○	++	++
happy day	100 % Apfel	○	○	○	1,67	sehr gut (83)	++	97	9	84	++	++	++	++	++	++	++
Pfanner	100 % Apfel aus Österreich	○	●	●	1,28	sehr gut (82)	++	102	3	48	++	++	++	++	○	++	+
Billa	Apfel klar	○	●	●	1,49	sehr gut (82)	++	98	10	41	++	++	++	++	○	++	+
Pure fruits	100 % Apfel	○	○	○	0,79	sehr gut (81)	+	95	5	63	++	++	++	++	++	++	+
Clever	100 % Apfel	○	○	○	0,79	durchschnittlich (40)	++	95	8	45	++	++	++	++	---	++	++
vitafit	Apfelsaft	○	○	○	0,79	durchschnittlich (40)	++	95	2	70	++	++	++	++	---	++	++
Spar	100 % Apfel	○	○	○	0,89	weniger zufriedenstellend (21)	---	96	24 <sup>2)</sup>	78	++	++	++	++	++	++	++
<b>MIT AROMA</b>																	
Omi's Apfelstrudel	Omi's Apfelstrudel	○	○	●	5,80	durchschnittlich (40)	++	114	2	40	++	++	++	++	---	++	++

**Zeichenerklärung:** ● = ja ○ = nein <sup>1)</sup> laut Herstellerinformation <sup>2)</sup> AMA-Biosiegel <sup>3)</sup> führt zur Abwertung **Beurteilungsnoten:** sehr gut (++), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (---) **Prozentangaben** = Anteil am Endurteil **Preise:** Jänner 2015



**Die AK startete** eine Aktion für geschädigte Franken-Kreditnehmer. 30 Steirer hoffen, ihre Verluste aus der Aufhebung des Euro-Mindestkurses zum Franken zurückzubekommen.

Mitte Jänner haben tausende Steirer die Aufhebung des Euro-Mindestkurses in der Schweiz finanziell deutlich zu spüren bekommen: Sie hatten einen Franken-Kredit aufgenommen und sich darauf verlassen, mit der sogenannten „Stop-Loss-Order“ gut abgesichert zu sein. Weil das aber in vielen Fällen nicht funktionierte, setzt sich die Arbeiterkammer österreichweit für die geschädigten Kreditnehmer ein. Bei manchen stehe ihre Existenz auf dem Spiel, sagt Gabriele Zgubic vom Konsumentenschutz der AK Wien, „denn man muss beispielsweise einen Betrag von 20.000, 30.000 Euro mehr zahlen. Das bewegt sich dann schon relativ in Dimensionen, die man nicht so einfach verkraften kann.“

### 30 Steirer betroffen

Da soll und will die AK jetzt helfen: 170 Österreicher mel-

# AK setzt sich für Franken-Opfer ein

deten sich bei der Arbeiterkammer, davon mehr als 30 Steirer. Konkret geht es um die sogenannte Stop-Loss-Order: Diese Art Limitauftrag hätte die Fremdwährungskreditnehmer vor größeren Verlusten

bewahren sollen, wenn der Franken gegenüber dem Euro weiter stärker wird. Das heißt, der Kredit hätte automatisch wieder in Euro umgewandelt werden sollen, wenn der Frankenkurs steigt. Das habe aber bei vielen Banken nicht – wie

erhofft – funktioniert, kritisiert die AK. Der Schaden soll ersetzt werden, sagt Gabriele Zgubic: „Wir haben den Verein für Konsumenteninformation beauftragt, ein Sammelschlichtungsverfahren zu betreiben und zu organisieren. Und hier versucht man, auf diesem Wege außergerichtlich zu Lösungen mit den Banken zu kommen.“

Es gehe sowohl um kleine als auch große Bankinstitute, quer durch die Republik. Die Gespräche begannen bereits und sind bis Juni oder Juli geplant. „Wenn sich herausstellt, dass es keine befriedigenden Lösungen für die Kreditnehmer gibt, dann ist der nächste Schritt eine Sammelklage“, so Zgubic. Eine erste Klage gegen eine Bank gibt es bereits. Sie wurde vor kurzem von einem Anlegeranwalt gegen die Hypo-Bank Burgenland eingebracht.



Franken zum Euro ist ein Risikospiegel: Nach der Aufhebung des Mindestkurses verloren Konsumenten viel Geld. (Fotolia - Schlierner)

# S 8 könnte in einem Jahr starten

Für AK-Präsident Josef Pessler heißt das Zauberwort „Erreichbarkeit“, wenn es um den Wirtschaftsstandort geht. Eine S-Bahn sei ein essenzieller Beitrag dafür, die Erreichbarkeit für alle zu gewährleisten und den Industriestandort zu sichern. „Arbeitnehmer sollen möglichst schnell, möglichst stressfrei und kostengünstig ihren Arbeitsplatz erreichen“, lautete Pessers Credo bei der Präsentation einer Machbarkeitsstudie in der Leobener Montanuni.

### 4.400 Fahrgäste erwartet

Hans-Georg Frantz erklärte, dass in der Region zwischen Trofaiach und Kindberg

**Die S-Bahn im obersteirischen Zentralraum** ist auf Schiene. Sobald die Finanzierung steht, könnte die erste Stufe in einem Jahr erfolgen.

95.000 Menschen leben. Zu den bestehenden fünf Haltestellen kämen 14 neue Stationen dazu. Nach Umsetzung des Konzepts (30 Minuten Intervall, in Stoßzeiten 15 Minuten, werktags von 5 bis null Uhr) beziffert er das Fahrgastpotenzial mit 28.183 ÖV-Fahrten. „Die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass nach Einführung der S-Bahn eine Verdoppelung der Fahrgastentwicklung möglich ist.“ Frantz erwartet 4.400 Fahrgäste und geht von jährlichen Betriebskosten von rund 12

Millionen Euro sowie 20,5 Millionen Euro für den Bau der neuen Stationen aus. DI Bernhard Breid vom Verkehrsressort des Landes Steiermark präsentierte geringere Zahlen für den Start. Die erste Stufe der S 8 von Leoben über Niklasdorf, Bruck bis Kapfenberg bringe einen Zuwachs von 550 Kunden, der Endausbau (von St. Michael bis Mitterdorf-Veitsch) 1.790 Fahrgäste pro Tag, was einen Zuwachs von 20 Prozent bedeute. Die Anbindung ins Vordernberger Tal sieht keine

Vollbahn vor, sondern einen 15-Minuten-Takt mit Bus, dämpfte er die Erwartungen zahlreicher Lokalpolitiker und Bürgermeister, die in der Diskussion vehement widersprachen. Der Ausgangspunkt für die S-Bahn müsse Vordernberg sein, andere Lösungen werde sich die Region nicht gefallen lassen. Weitere Diskutanten plädierten für einen S-Bahnverkehr in Richtung Stainach bzw. nach Mürzzuschlag. AK-Präsident Pessler rief in seinem Schlusswort die Gemeinden auf, „gemeinsam das Projekt gegenüber Land und Bund zu betreiben: Je früher der erste Schritt gesetzt wird, desto besser.“ **R.W.**



# Geschlecht macht den Unterschied

**Für Frauen am Arbeitsmarkt** sieht es nicht rosig aus – das gilt vor allem für jene, die schlecht qualifiziert sind und sich lange der Kinderbetreuung widmen.



Mag. Christina Lind, stv. AMS-Geschäftsführerin: Fokus auf zukunftsorientierte Ausbildung und arbeitsplatznahe Qualifizierung. (Foto: AMS)

Genau 52.096 Frauen waren in der Steiermark 2014 zumindest einen Tag lang arbeitslos. Im Jahresdurchschnitt waren 17.601 Frauen arbeitslos gemeldet – ein Höchstwert seit 16 Jahren. Quer durch alle Branchen verlieren weibliche Arbeitnehmer vor allem dann ihren Job, wenn sie schlecht qualifiziert sind: Rund 44 Prozent der arbeitslosen Frauen haben keine höhere Ausbildung als die Pflichtschule.

## Hauptproblem Kinder

„Leider ist das Geschlecht noch immer Diskriminierungsfaktor Nummer 1 am Arbeitsmarkt“, erklärt AK-Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Mag. Bernadette Pöcheim. Betreuungspflichten werden von Arbeitgebern mitgedacht, sodass Frauen mit Kindern unter drei Jahren am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. „Je länger die Babypause ausfällt, umso schwieriger wird es, einen Job zu finden“, rät die AK-Expertin zum schnellen Wiedereinstieg nach einer Karenz. Sonst komme es häufig zu einer Dequalifizierung in der beruflichen Laufbahn.

## Bildungskarenz oder -teilzeit

Um Zeit zu überbrücken, bietet sich aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage an, eine Bildungskarenz oder -teilzeit mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren. Die Mindestdauer bei der Bildungskarenz beträgt zwei Monate, die Höchstdauer

ein Jahr. Bei der Bildungsteilzeit (Dauer: vier Monate bis zwei Jahre) muss die Arbeitszeit um mindestens ein Viertel bis höchstens um die Hälfte der bisherigen wöchentlichen Normalarbeitszeit reduziert werden. Wichtig: Der Arbeitgeber muss einer reduzierten Beschäftigung zustimmen. Während der Bildungskarenz besteht ein Anspruch auf Weiterbildungsgeld in Höhe des Arbeitslosengelds.

Generell sollten Frauen in der Karenz mit ihrem früheren Arbeitsplatz Kontakt halten und wenn möglich eine geringfügige Beschäftigung (bis 405,98 Euro) vereinbaren. Ein „Jolly Joker“ sei die Elternteilzeit, weil dadurch bis zum 7. Geburtstag des Kindes ein Kündigungsschutz bestehe.

## 51,7 % Frauenförderung

Die AMS-Richtlinie, 50 Prozent der Fördermittel für Frauen zu verwenden, wurde in der Steiermark mit 51,7 Prozent

übererfüllt. Im Vorjahr lag der Fokus, erklärt die stv. AMS-Landesgeschäftsführerin Mag. Christina Lind, bei Angeboten für Wiedereinsteigerinnen, Frauen mit Pflichtschulabschluss und Migrantinnen. „Sorgenkinder am Arbeitsmarkt sind Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die Generation 50+ sowie AusländerInnen.“

717 Frauen begannen im Vorjahr eine Höherqualifizierung, nach Abschluss fanden 60 Prozent innerhalb von drei Monaten einen Arbeitsplatz. Sehr effizient sei die duale Ausbildungsform der Zielgruppenstiftung für Frauen: An dieser arbeitsplatznahen Qualifizierung nehmen heuer 400 Frauen teil. „Zusätzlich wurde ein Frauenberufszentrum für junge Frauen in Graz eröffnet“, verweist Lind auf ein spezielles Angebot für Frauen mit Migrationshintergrund.

rudolf.willgruber@akstmk.at

## ZAK info

### Arbeitslosengeld

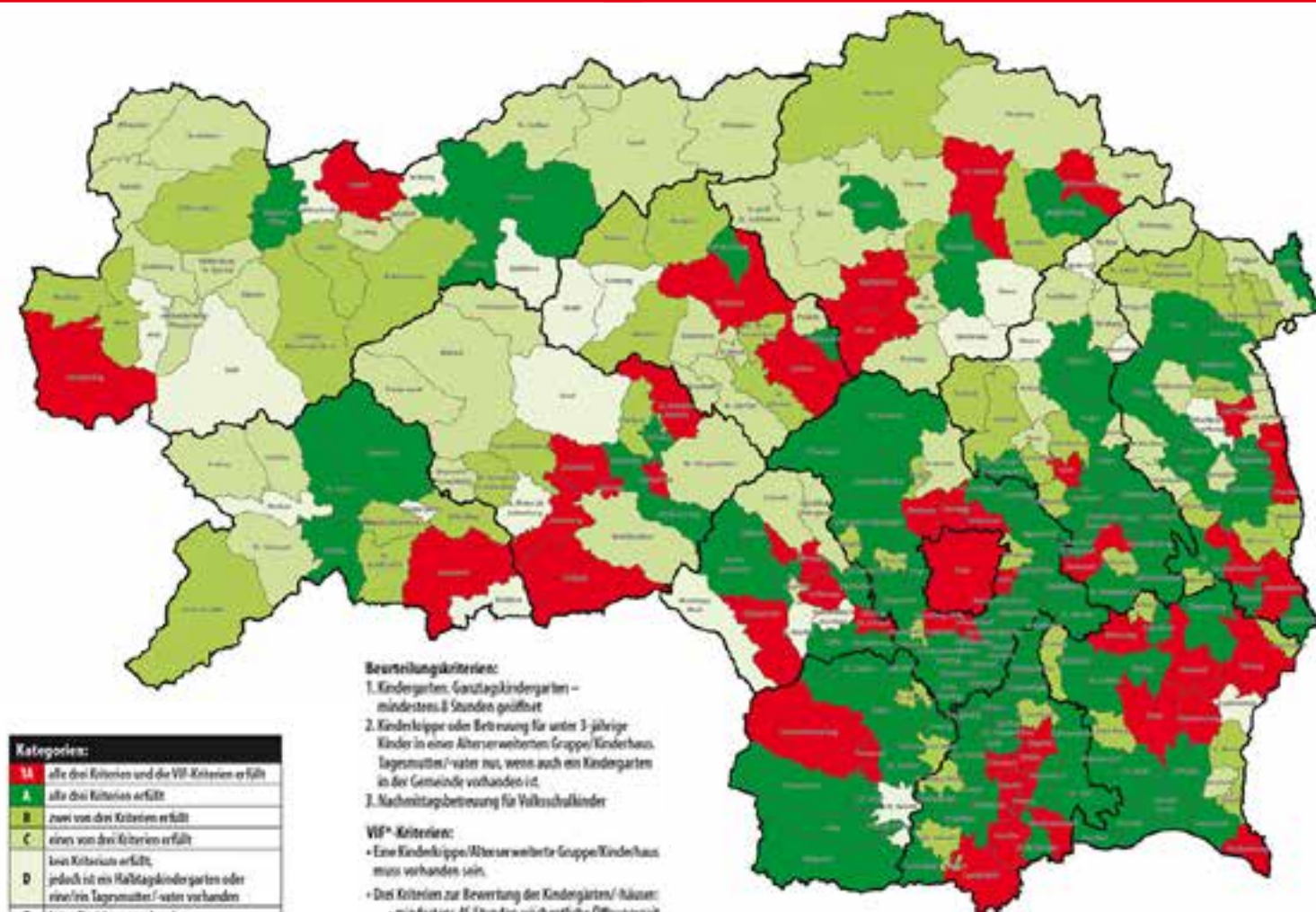
Antragstellung erste Jahreshälfte: Bemessungsgrundlage vorletztes Jahr  
Antragstellung zweite Jahreshälfte: Bemessungsgrundlage letztes Jahr. Grundsätzlich Nettoersatzrate von 55 %.

### Bemessungshöhe ab 45

Für Arbeitslose ab dem 45. Lebensjahr kann sich die Bemessungsgrundlage nur erhöhen – auch wenn diese einen schlechter bezahlten Job annehmen.

### Keine Notstandshilfe – trotzdem versichert

Bekommt jemand nur wegen der Anrechnung des Partnereinkommens keine Notstandshilfe, erfüllt aber sonst alle Voraussetzungen, besteht weiterhin ein Kranken- und Pensionsversicherungsschutz. Antrag auf Notstandshilfe ist unbedingt erforderlich!



Kategorien:	
1A	alle drei Kriterien und die VIF-Kriterien erfüllt
A	alle drei Kriterien erfüllt
B	zwei von drei Kriterien erfüllt
C	eines von drei Kriterien erfüllt
D	kein Kriterium erfüllt, jedoch ist ein Halbtageskinder- oder eine/sein Tagesmutter/-vater vorhanden
E	keine Einrichtung vorhanden

### Beurteilungskriterien:

1. Kindergarten: Ganztageskinder- oder mindestens 8 Stunden geöffnet
2. Kinderkrippe oder Betreuung für unter 3-jährige Kinder in einer Altersweiteren Gruppe/Kinderhaus, Tagesmutter/-vater nur, wenn auch ein Kindergarten in der Gemeinde vorhanden ist
3. Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder

### VIF-Kriterien:

- Eine Kinderkrippe/Altersweiterer Gruppe/Kinderhaus muss vorhanden sein.
- Das Kriterium zur Bewertung der Kindergärten/Alten:
  - mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit
  - an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet
  - maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen

\*VIF = Vorrangkriterium für Familie und Beruf



## Starke

Die AK-Außenstelle Murtal in Zellweg war die dritte Station der Ausstellung „Frauenbilder – Die Arbeitswelt im Wandel der Zeit“. Mit zehn Roll-ups wird an oft vergessene Leistungen von Vorkämpferinnen erinnert, im Kontrast dazu demonstrieren zehn als lebensgroße Alufiguren ausgestellte Steirerinnen, welche unterschiedlichen Berufe und Rollenbilder möglich sind – von der Anlagentechnikerin Anna Katharina Edelsbacher (3.v.r.)

## Frauen

bis zur Luftfahrzeugtechnikerin Cathrin Tuschar (2.v.l.) – beide stammen aus der Region. Eröffnet wurde die Schau in Anwesenheit von AK-Bereichsleiter Soziales DDr. Werner Anzenberger, von AK-Vizepräsidentin Patricia Berger, Kuratorin Ute Sonnleitner und Außenstellenleiter Mag. Christian Schweiger. Noch bis zur Sommerpause sind die starken Frauen in den Außenstellen Feldbach, Weiz und Bruck zu sehen. (AK/Waldhuber)

## Kinderatlas reloaded

Verbesserungen in der Kinderbetreuung macht die 2. Auflage des AK-Kinderbetreuungsatlas sichtbar. Dies liege einerseits an den Gemeindefusionen, es gebe im Jahresvergleich aber auch einen „Nettozuwachs“ an Kinderbetreuungseinrichtungen, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern entsprechen, erläutert Mag. Bernadette Pöcheim. Nach wie vor bieten aber 48 der 288 steirischen Gemeinden keine Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-jährige Kinder an, 113 Gemeinden verfügen nur über Halbtageskinderbetreuungen. AK-Präsident Pessler: „Ich freue mich über jeden Fortschritt. Wahlfreiheit besteht aber erst, wenn es ein flächendeckendes, hochqualitatives Angebot für alle Altersgruppen gibt.“

## Schwangere wurde „freundlich diskriminiert“

**Nach Meldung ihrer Schwangerschaft** konnte eine Steirerin nicht weiter vollwertig in der Küche arbeiten. Also versuchte der Chef, sie loszuwerden.

Sie sei „wertlos“, musste sich eine schwangere Köchin von ihrem Chef sagen lassen und er forderte sie auf, in Frühkarenz zu gehen. Die verunsicherte Frau wandte sich an die Arbeiterkammer.

### Urteil nach halbem Jahr

Und die AK brachte Klage wegen Diskriminierung ein. Nebenbei erwähnt: Die Frühkarenz muss vom Chefarzt bewilligt werden und ist keine freie Entscheidung der Schwangeren. Vor Gericht wurden Zeugen befragt, auch der Chef und die Schwangere. Ein halbes Jahr später kam das Urteil – ein negatives Urteil.

Das Gericht entschied, dass er lediglich „freundlich diskriminiert“ hätte. Also nicht im bösen Ton, und da er auch eine schwangere Frau daheim habe, verstünde er die Situation.

### Bewusst hinausdrängen

Die AK berief gegen das Urteil. Schwangere bewusst aus dem Dienstverhältnis hinauszu drängen, ihnen Vorschriften zu machen und sie zu verunsichern, hat nichts mit freundlich zu tun. „Schwangere werden auch immer wieder in belastende Situationen gebracht, damit sie kündigen“, sagt AK-Expertin Mag. Birgit Klöckl.



## ZAK AUF ZACK

## DAS SAGEN EXPERTEN

## 3 Fragen, 3 Antworten

1 Wie lange dauert die Probearbeit in einem neuen Job?



Mag. Christine Belec  
AK-Arbeitsrecht  
**Rechte im Probe-  
arbeitsverhältnis**

In der Regel vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Beginn des Arbeitsverhältnisses eine Probezeit, den sogenannten „Probemonat“. Wesentliches Merkmal: Das Dienstverhältnis kann von jedem Vertragsteil ohne Einhaltung von Fristen und ohne Angabe von Gründen aufgelöst werden. Die Dauer der Probezeit darf maximal einen Monat betragen (Ausnahme

Lehrlinge 3 Monate laut Gesetz). Das Arbeitsverhältnis auf Probe bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung im Dienst- oder Kollektivvertrag. Eine vereinbarte Probezeit, die über das gesetzliche bzw. kollektivvertragliche Ausmaß hinausgeht, ist unzulässig und stellt ein befristetes Dienstverhältnis dar. Die Beendigung des Probearbeitsverhältnisses ist grundsätzlich formfrei.

2 Wie kann ich mich gegen sexuelle Belästigung wehren?



Mag. Bernadette Pöchheim  
AK-Frauenreferat  
**Sexuelle  
Belästigung**

Ganz wichtig ist es aufzuzeigen, dass das Verhalten unerwünscht ist bzw. den Kollegen aufzufordern, das Verhalten in Zukunft zu unterlassen. Sinnvoll ist es auch, die Vorfälle zu dokumentieren. Setzt der Kollege das Verhalten fort, ist es sinnvoll, eine Beratung in Anspruch zu nehmen bzw. auch den Betriebsrat zu kontaktieren, jedenfalls auch die Vorgesetzten zu informie-

ren und Abhilfe einzufordern. Sorgt der Arbeitgeber nicht für Abhilfe, ist unter Umständen ein berechtigter vorzeitiger Austritt gerechtfertigt (rechtlich abklären) bzw. wird der Arbeitgeber schadenersatzpflichtig. Auch kann ein Schadenersatz gegen den Belästiger geltend gemacht werden: Mindestschadenersatz 1.000 Euro nach dem Gleichbehandlungsgesetz.

3 Wie fördert das Land die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer?



Mag. Thomas Hrabá  
AK-Bildung  
**Bildungsscheck für  
Beschäftigte 50+**

Das Land Steiermark fördert berufstätige Menschen ab 50 mit einem eigenen Bildungsscheck. Mit maximal 500 Euro werden berufsbezogene Weiterbildungen, die unmittelbar mit dem Berufsleben im Zusammenhang oder mit einer beruflichen Veränderung stehen, gefördert. Auch Kommunikation, Sprachen und EDV-Kurse können darunter fallen. Ausgenommen sind aller-

dings Studien- und Prüfungsgebühren sowie Hobby- und Freizeitkurse. Voraussetzungen sind, dass der ordentliche Wohnsitz in der Steiermark liegt und die Kosten der Weiterbildung nicht von Unternehmen oder von Dritten getragen werden. Die Kurskosten müssen mindestens 200 Euro betragen und die Weiterbildung muss bis 31.12.2015 begonnen werden.

ANREGUNGEN,  
LOB & KRITIK

## LESERFORUM

Schreiben Sie an

ZAK-Redaktion  
Hans-Resel-Gasse 8-14, 8020 Graz  
E-Mail: redaktion@akstmk.at

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht oder gekürzt zu veröffentlichen.

## Mit Vergleich zufrieden

Wir sind mit dem gerichtlichen Vergleich überaus zufrieden, waren wir doch immer der Meinung, das Geld ist futsch. Wir bedanken uns beim Konsumentenschutz der Arbeiterkammer als treibende Kraft für die Unterstützung bei dieser Angelegenheit.  
Ing. Kurt S., online

dass diese Geschichte somit erledigt ist. Ich bin mehr als einverstanden mit diesen 99 Euro, die zu zahlen sind, und richtig froh über meine Entscheidung, mich bei Ihnen zu melden.  
Simone S., online

Unterstützung  
im Studium

Ich möchte mich sehr herzlich für die Zuerkennung und Überweisung der Studienbeihilfe der steirischen Arbeiterkammer für meinen Sohn Konrad bedanken. Dies ist eine große Hilfe und unterstützt

meinen Sohn sehr im Studium.  
Konrad D., Graz

## Dank für die Beihilfe

Vielen DANK für die Schulbeihilfe. Meine Tochter Carmen ist jetzt in Dublin – es gefällt ihr sehr gut.  
Isabella N.

## AK hat sehr geholfen

Für Ihre tolle Nachricht zur AK-Studienbeihilfe ein ganz großes und liebes Dankeschön. Ich habe mich riesig gefreut, außerdem haben Sie mir sehr geholfen.  
Sarala P.

Anleitung zum  
fairen Konsum

Eine Erzeuger-Verbraucher-Initiative in Oberösterreich macht Appetit auf nachhaltigen Konsum und Lebensstil. Der studierte Volkswirt Gerhard Zwingler gründete 2005 den Verein „Nets.werk – Nachhaltig leben“, ein Unternehmen für biologische, fair bezahlte und regionale Produkte. Anleihe dafür nahm Zwingler beim Seikatsu Club in Japan, der 1989 den alternativen Nobelpreis erhielt. In Österreich existieren derzeit 20 Regionalstellen. Im Grazer Kammersaal präsentiert Zwingler unter dem Slogan „Das Spiel des Lebens“ am 9. Juni ab 19 Uhr seine Visionen.

## Einstein &amp; Einfalt

## Ein satirisches Doppel

VON  
Berndt Heidorn



**Müller:** Grüssie, Huber! Was sagens, jetzt habens seit unserem letzten Plauscherl doch tatsächlich eine Steuerreform zsmgebracht!

**Huber:** War aber auch schon höchste Zeit, wo doch die alte Progression die ganzen Lohn-erhöhungen weggfressen hat!

**Müller:** Kalte Progression, nicht alte Progression, Sie Kretin!

**Huber:** Was hat jetzt Überbakenes damit zu tun?

**Müller:** Kretin, nicht Gratin. Ein Kretin ist ein Vollidiot.

**Huber:** Na also, wieso sagens das nicht gleich. Immer diese Fremdwörter ...

**Müller:** Gut, dann also Vollidiot. Und wie erklär ich einem Vollidioten die kalte Progression?

**Huber:** Geben Sie sich halt ein bisschen Mühe. Sie sind doch sonst auch so gut im Klugscheißen.

**Müller:** Also gut, ich probiers: Wenn sie eine Lohnerhöhung kriegen und durch diese Lohnerhöhung überspringt ein Teil Ihres Einkommens die nächsthöhere Progressionsstufe, zahlen Sie für diesen Teil mehr Steuer. Und das nennt man die kalte Progression.

**Huber:** Na ja, wegn den paar Netsch ...

**Müller:** Ein paar Netsch? Bei dreieinhalb Millionen Arbeitnehmern kommen da über die Jahre schon ein paar Milliarden Euro zusammen, ohne dass der Finanzminister auch nur einen Finger rührt!

**Huber:** Heißt im Klartext, die Steuerreform ist kein Geschenk, sondern die Rückgabe dessen, was uns vorher abgeklopft worden ist?

**Müller:** Huber, Sie sehen mich erstaunt! So viel Durchblick hätt ich Ihnen gar nicht zgetraut.

**Huber:** Sagens Müller, hats

nicht ursprünglich geheißen, es soll auch eine Vermögenssteuer geben? Was ist denn daraus geworden?

**Müller:** Nix, Gott sei Dank.

**Huber:** Wieso Gott sei Dank?

**Müller:** Ich habe vor meinem geistigen Auge schon Scharen von Millionären auswandern gesehen!

**Huber:** Na, und?

**Müller:** Denkens an die Konsequenzen, Huber: Der Wörthersee – entvölkert! Die „Seitenblicke“ – eingestellt! Die Nobelboutiquen am Wiener Graben – pleite!

**Huber:** Aber gehns, Müller, es wird doch nix so heiß gessen, wies gekocht wird!

**Müller:** Haben Sie eine Ahnung, habens das vom Felix Baumgartner nicht gehört?

**Huber:** Felix Baumgartner, Felix Baumgartner ... Ist das nicht der, dem sein Sponsor so viel Flügel verliehen hat,

dass er aus 40 Kilometern ungsptzt ...

**Müller:** Was heißt hier ungsptzt? Er ist mit dem Fallschirm mehr oder weniger sanft gelandet.

**Huber:** Ah so, ich hab nur gedacht, bei dem, was er über eine „gemäßigte Diktatur“ und die „gunde Watschn“ so gefaselt hat ... Wieso, was is mit dem?

**Müller:** In die Schweiz ausgewandert, weil ihm das Finanzamt nicht die Steuerprivilegien wie einem Spitzensportler eingeräumt hat.

**Huber:** Na gehns, eine Arschbombe aus 40 Kilometern ist keine Sportart? Echte Spabbremsen, die Finanzer!

**Müller:** Eben. Und darum ist er stiften gegangen. Was fällt Ihnen jetzt zum Strato-Felix ein?

**Huber:** Baba und foi ned.



Ericos - Fotolia



Willi Tell

## INS SCHWARZE

Ich war einmal – lang ist's her – Betriebsrat und denke mit gemischten Gefühlen daran. Merken Sie, wie betont höflich ich das sage? In dieser Funktion bekommt man nämlich das Gefühl vermittelt, alles grundsätzlich falsch zu machen. Und diesen Eindruck vermitteln einem nicht der Kapitalist und Verhandlungsgegner, sondern die eigene Kollegenschaft. Wenn man mit einer Forderung beim Unternehmen auf Granit beißt, ist man in ihren Augen ein Schwächling. Boxt man für sie etwas durch, dann erscheint das Erreichte den

## Tja, früher!

Leuten selbstverständlich und bleibt unbedankt.

Als ich einmal nach umständlichen Verhandlungen eine pauschalierte Prämie durchsetzte, hörte ich nicht: „Fein, dieses Geld hat's früher nicht gegeben, danke!“ Ich hörte ein griesgrämiges: „Was, nur so wenig?“

Dass ich den Krempel nicht sofort hingeschmissen habe, wundert mich jetzt. War ich in meiner Jugend denn tatsächlich so belastbar und so leidenswillig?

Als richtig guter Betriebsrat galt ich aber, als ich nimmer bei der Firma war. Wie hat man mir da auf die Schulter geklopft und mich gelobt! Wie man mir zutrug, hieß es oft: „Unter dem Willi hätte es das nicht gegeben.“ Aber die Kollegen hatten halt wen zum Betriebsrat gewählt, dessen Courage- und Solidaritätsmuskulatur eher schwach entwickelt ist.

Ich lernte bitter: Der optimale Betriebsrat ist der gewesene.



FRISCH  
GEPRESST

AUS DER AK-BIBLIOTHEK



**Jean Ziegler:**  
**Ändere die Welt!**  
Bertelsmann Verlag 2015.  
287 Seiten.

Die Kriege sind zurück, Hunger und Not gehören auch in Europa wieder zum Alltag, aufklärungsfeindliches Denken gewinnt an Boden. Die Welt verfügt zum ersten Mal in ihrer Geschichte über die Ressourcen, Hunger, Krankheit, Tyrannei auszumerzen; und doch wird der Kampf um knappe Güter menschenverachtend in immer neuen Dimensionen ausgetragen. Jean Ziegler, der seit Jahrzehnten Elend, Unterdrückung und Ungerechtigkeit anprangert, blickt zurück und befragt sich selbst, was er mit seiner wissenschaftlichen und politischen Arbeit bewirkt hat.

**Hans Messner:**  
**Das Kanaltal.**  
Zwei Flüsse, drei Kulturen,  
vier Sprachen. Verlag Styria.  
173 Seiten.

Im Kanaltal leben drei Kulturkreise friedlich miteinander – man spricht Italienisch, Furlanisch, Slowenisch und Deutsch, dazu den örtlichen Dialekt. Die Gastronomie des Tales bietet eine kulinarische Vielfalt. Außerdem locken Veranstaltungen wie das „Alpenfest“ und „No Borders Music Festival“ Besucher an. Das sportliche Angebot reicht von Golf und Radfahren bis zum Wandern,



Bergsteigen und Skifahren. Eine wahre Entdeckungsreise!

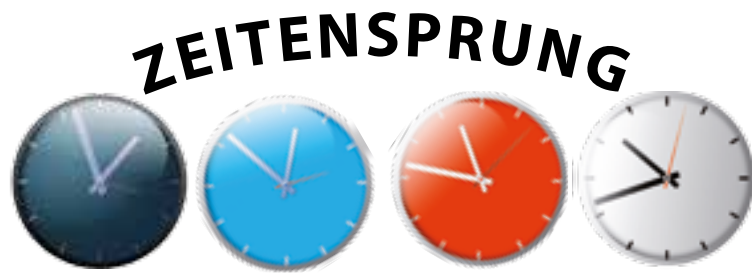


**Jussi Adler-Olsen:**  
**Verheißung.**  
Thriller. dtv Verlag 2015.  
596 Seiten.

17 Jahre lang hat Polizeikommissar Christian Habersaat versucht, den Tod einer jungen Frau aufzuklären, die kopfüber in einem Baum hängend aufgefunden wurde. Kurz nachdem er Carl Mørck um Hilfe gebeten hat, kommt er ums Leben – und wenig später sein Sohn. Die Recherchen des Sonderdezernats Q führen nach Öland, zu einem obskuren „Zentrum zur Transzendentalen Vereinigung von Mensch und Natur“. Die Kriminalisten ahnen nicht, dass sie sich in tödliche Gefahr begeben.

**Thilo Bode: Die Freihandelslüge.**  
Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet. Deutsche Verlagsanstalt 2015. 269 Seiten.

In Europa wächst der Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Thilo Bode schildert mit analytischer Schärfe, wie TTIP Verbraucherrechte und Umweltstandards gefährdet. Die Konzerne drohen über unsere Zukunft zu bestimmen – stärkere Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte hängen ebenso wie ein wirkungsvoller Umweltschutz von ihrer Gnade ab.



Der ÖGB wurde im April 1945 gegründet. Noch vor Kriegsende trafen sich sozialdemokratische, kommunistische und christliche Gewerkschafter und gründeten eine einheitliche Organisation mit dem Namen „Österreichischer Gewerkschaftsbund“. Aus 16 ehemaligen Fachgewerkschaften wurden durch Fusionierungen mittlerweile sieben.

## 70 Jahre

Im April 1945 glich Wien an vielen Stellen einem Trümmerhaufen, der Krieg hatte ein furchtbares Chaos hinterlassen. Der 59-jährige gelernte Maurer und ehemalige Bauarbeiterfunktionär Johann Böhm versammelte am 15. April im Direktionssaal des Wiener Westbahnhofes Vertrauensmänner aus fast allen früher existierenden Gewerkschaften. Mit dem Christgewerkschafter Lois Weinberger und dem kommunistischen Lederarbeiter Gottlieb Fiala wurde die Gründung des ÖGB beschlossen.

Am 30. April genehmigte die sowjetische Kommandantur die provisorischen ÖGB-Statuten, deren Grundsätze Überparteilichkeit, Einheitlichkeit und flexibles Industriegruppenprinzip noch heute gelten: In einem Betrieb sind die ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrem Beruf in einer oder, soweit es die Angestellten in der Privatwirtschaft betrifft, in zwei Gewerkschaften organisiert.

**Eine Bewegung in Bewegung**  
Ende 1945 zählte man beim Gewerkschaftsbund bereits 300.000 Mitglieder. Eine der

entscheidenden Leistungen des ÖGB war es, die in den Parteien durchaus umstrittene rasche Wiedererrichtung der 1934 gleichgeschalteten und 1938 abgeschafften Arbeiterkammern durchzusetzen.

1947 wurden das neue Betriebsrätegesetz und das Kollektivvertragsgesetz im Nationalrat beschlossen und dem ÖGB die Kollektivvertragsfähigkeit zuerkannt.

Kollektivvertragliche Lohnpolitik sichert Wirtschaftsstandort und Lebensqualität, meint Markus Marterbauer von der AK Wien. 98 Prozent der unselbstständig Beschäftigten unterliegen einem KV – ein europäischer Spitzenwert. Während Deutschland erst heuer einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt hat, liegen in Österreich fast alle Kollektivverträge über 1.300 Euro, was einem Stundenlohn von 8,70 Euro entspricht: „Das nächste Ziel heißt 1.500 Euro Mindestlohn für alle.“

Den höchsten Mitgliederstand verzeichneten die Gewerkschaften 1984 mit über 1,7 Millionen Mitgliedern, mit Jahresende 2014 sank die Zahl unter 1,2 Millionen



Links: Der erste ÖGB-Präsident Johann Böhm beim Gewerkschaftstreffen 1950 in Neuberg an der Mürz.

Rechts das steirische ÖGB-Präsidium mit Geburtstagstorte: (v.l.) Andreas Martin, AK-Präsident Josef Pessler, LAbg. Helga Ahrer, ÖGB-Vorsitzender Horst Schachner, Franz Haberl, Norbert Schunko und Wolfgang Waxenegger. (Fotos: ÖGB-Verlag, ÖGB/Katarina Pashkovskaya)



## ÖGB: Aus 16 wurden 7

Mitglieder. Übrigens stieg seit 1981 der Frauenanteil von 30 auf mittlerweile 35 Prozent. Im Zuge des ersten ÖGB-Bundeskongresses 1948 konstituierten sich 16 Fachgewerkschaften, durch Fusionen sind es mittlerweile sieben Fachgewerkschaften: GPA-djp (277.792 Mitglieder), Öffentlicher Dienst (236.891), Produktionsgewerkschaft PRO-GE (229.776), GdG-KMS-fB (150.394), Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida (137.553), Bau-Holz (116.657) sowie Post und Fernmeldebedienstete (49.008).

**Anteil am Wirtschaftswunder**

Ab 1956 galt das unter Sozialminister Karl Maisel entstandene Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG). Als das „Wirtschaftswunder“ anfang, sorgten Kollektivverträge dafür, dass die ArbeitnehmerInnen ihren Anteil daran erhielten – durch besseren Verdienst und durch mehr Freizeit. 1959 wurde ein Generalkollektivvertrag über die 45-Stunden-Woche, 1964 einer über die Urlaubsverlängerung vereinbart. Als Identitätsmerkmal der Zweiten Republik entstand die

Sozialpartnerschaft, an der der ÖGB führend mitwirkte. Seit seiner Gründung hat der ÖGB in Verhandlungen und Gesprächen, aber auch mit Aktionen, Protesten und Streiks für seine Mitglieder viel erreicht: Geregelte Arbeitszeiten, jährlich steigende Löhne, Gehälter und Lehrlingsentschädigungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, Mindesturlaub und ArbeitnehmerInnenschutz.

**Sechs Präsidenten**

In 70 Jahren hatte der ÖGB insgesamt sechs Präsidenten. Dem aus ärmsten Verhältnis-

sen in einem Waldviertler Dorf stammenden Johann Böhm folgte Franz Olah. Fast ein Vierteljahrhundert prägte der Metallarbeiter Anton Benya (bis 1987) den Kampf um faire Chancen für die arbeitenden Menschen. Bekannt ist die nach ihm benannte „Benya-Formel“ zur Lohnfindung, nach der sich die Lohnerhöhung an Inflations- und Produktivitätserhöhung orientieren sollte. Nach Fritz Verzetnitsch und Rudolf Hundstorfer folgte 2008 der bis heute amtierende Erich Foglar nach.

Ebenfalls sechs Vorsitzende leiteten bisher den ÖGB in der Steiermark: Fritz Matzner,

Eduard Schwarz, Franz Ileschitz, Hans-Joachim Ressel, Walter Pöschl sowie derzeit Horst Schachner.

„Der Wiederaufbau ist ein Erfolg der arbeitenden Menschen, der Betriebsräte und Gewerkschaften“, erklärte Landesvorsitzender Schachner beim Festakt zum 70. Geburtstag des ÖGB in Graz. Mit der Steuerreform habe man „wieder ein Stück Geschichte geschrieben“, erinnerte er an die knapp 900.000 Unterschriften, die sich für eine Lohnsteuersenkung eingesetzt haben. Sein Vize Franz Haberl betonte die überfraktionelle Zusammenarbeit: „Der ÖGB ist überparteilich, aber nicht unpolitisch.“

LH-Stv. Hermann Schützenhöfer unterstrich als besonderen österreichischen Weg, dass „Konflikte am Verhandlungstisch und nicht auf der Straße ausgetragen werden“. Schließlich bezeichnete LH Franz Voves den ÖGB als „eine tragende und unverzichtbare Säule unseres Gemeinwesens“. Durch das Miteinander stünde Österreich im europäischen Vergleich viel besser als andere Länder da.

**Rudolf Willgruber**



Die jahrelangen Aushängeschilder der Sozialpartnerschaft: Anton Benya und Rudolf Sallinger im Jahr 1986. (Robert Jäger/APA/picturedesk.com)





## ÖGJ fordert „mehr Kohle für die Jugend“

Am Flughafen Thalerhof erfolgte bei der ÖGJ-Landeskonferenz der Startschuss zur Kampagne „Her mit mehr Kohle für die Jugend“. Im Beisein von AK-Präsident Pessler und ÖGB-Vorsitzenden Horst Schachner nannte Jugendsekretärin Tanja Bernhardt (2.v.l.) als wichtigste Anliegen die Übernahme der Internatskosten, billigere Startwohnungen und höhere Lehrlingsentschädigungen. Lehrlinge der voestalpine Weichensysteme und Signaling aus Zeltweg wurden für ihre hervorragende Arbeit als Jugendvertrauensräte mit dem JVR-Award belohnt. Im Bild v.l. Gregor Tuttinger, Tanja Bernhardt, Nadine Reiter, Martina Kosi und ÖGJ-Landesvorsitzender Manuel Trausenegger. (Foto: ÖGB)

## Lehrwerkstätte mit Zukunft

Rund 9 Millionen Euro investieren die ÖBB in den Neubau der seit 1895 bestehenden ÖBB-Lehrwerkstätte, gab ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern bei der Projektpräsentation mit LH Franz Voves, AK-Präsident Josef Pessler und Knittelfelds Bürgermeister Gerald Schmid bekannt (im Bild Lehrlinge mit dem Projektmodell). Die neue Lehrwerkstätte soll 2018 bezugsfertig sein und moderne Ausbildungsmöglichkeiten für bis zu 200 Lehrlinge bieten. AK-Präsident Pessler wertet die ÖBB-Initiative als wichtigen Beitrag zur Facharbeiterausbildung. (AK)



## GPA-djp mit neuer Führung

Generationswechsel in der GPA-djp Steiermark. Mit 97,6 % wurde Alexander Lechner bei der Regionalkonferenz zum Nachfolger des Langzeitvorsitzenden Alfred Reidlinger gewählt. Der Betriebsratsvorsitzende der voestalpine Stahl Donawitz (im Bild mit seinem Vorgänger und nunmehrigen Ehrenvorsitzenden sowie Landesgeschäftsführer Norbert Schunko) versprach, „den erfolgreichen Weg der GPA-djp mit voller Kraft weiterzugehen.“



## Unterstützung für Großküche

In der Produktionsschule von „Jugend am Werk“ in Leoben werden benachteiligte Jugendliche auch in Gastronomieberufen auf die Arbeitswelt vorbereitet. Für die Arbeit in der Großküche spendete die AK ein Multifunktionsgerät, das „alle Stückln spielt“. JaW-Präsidentin Anna Rieder und AK-Präsident Josef Pessler nahmen die Maschine im Wert von 5.000 Euro kürzlich in Betrieb. (Foto: Freisinger)



## Run auf alte Bücher

Der in die Abendstunden verlängerte neunte Bücherflohmarkt der AK-Bibliothek entpuppte sich als voller Erfolg. Rund 2.200 Euro kamen durch den günstigen Verkauf von alten Büchern herein, dieser Betrag wird wieder der „Bärenhöhle“, der Kinderbibliothek am LKH Graz, gespendet. (AK/Graf)



## AK-Preise für Übungsfirmen

Zum fünften Mal wurden im Grazer Kammersaal Zertifikate für 30 steirische HAK-Übungsfirmen überreicht. Außerdem übergab die AK-Bildungsabteilung Preise an drei erfolgreiche Wettbewerbsgruppen. AK-Präsident Josef Pessler, Hofrätin Mag. Edith Kohlmeier, Helga Gapp und AK-Bildungschefin Ursula Strohmayer gratulieren der siegreichen Übungsfirma der BHAK Voitsberg. (AK/ Kanizaj)



## GdG-KMSfB ist zukunftsfit

Bei der Landeskonferenz der Gemeindebediensteten-KMSfB unterstrich Landesvorsitzender Wilhelm Kolar (am Podium Günther Till, Gerhard Wirtl und AK-Vorstandsmitglied Elisabeth Aufreiter), dass die Gewerkschaft für die nächsten Jahre gut aufgestellt ist. Man sei bereit, sich offensiv den Herausforderungen zu stellen und die Zukunft mitzugestalten. (Fotostudio 44)



MOFF

HADERERS FEINES SCHUNDHEFTL

www.onlinemoff.at



## 4.567 Steirer bei AK-Beratung

Dieses Service für unsere Mitglieder zahlt sich wirklich aus“, freut sich AK-Präsident Josef Pessler über den beeindruckenden Erfolg der Steuerrückholaktion. In Graz konnte er am vierten Beratungstag mit Nathalie Baumgartner die 2000. Steuersparerin begrüßen.

### 2,5 Millionen Euro retour

Zwei Wochen waren zwei Teams mit insgesamt 20 AK-SteuerexpertInnen in allen steirischen Bezirken unterwegs und gaben wertvolle Tipps. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der kostenlosen Beratungen um elf Prozent zu. In Summe, so Pessler, holten sich diese Mitglieder rund 2,5 Millionen Euro vom Finanzamt zurück.

Finanzamt  
„Einige Bera-

Einen weiteren Meilenstein erreichten die AK-Steuerpartage. Insgesamt konnten 4.567 Mitglieder beraten und 2,5 Millionen Euro von der Finanz zurückgeholt werden.



AK-Präsident Josef Pessler begrüßte mit Nathalie Baumgartner und Töchterchen Chantal die 2000. Steuersparerin in Graz. (AK(Graf))

tungsfälle brachten enorme Ergebnisse“, berichtet AK-Steuerexperte Dr. Bernhard Koller von einem alleinverdienenden Angestellten aus Graz, dem für Mehrkinderzuschlag und Weiterbildungskosten für fünf Jahre 10.872 Euro rückerstattet werden. Eine Teilzeit arbeitende Hartbergerin, die ihre kranke Mutter pflegt, erhält 4.100 Euro durch Negativsteuer und Pendlerpauschale zurück.

Mehr als die Hälfte der Beratungen wurden an sechs Tagen in Graz durchgeführt, auch nach Ende der Aktion wird noch bis Ende Mai mit einer erhöhten Nachfrage nach Steuerauskünften gerechnet. Koller appelliert an alle AK-Mitglieder, unbedingt eine Arbeitnehmerveranlagung auszufüllen, zumal diese im Schnitt 500 Euro einbringt.

WIR SIND ÜBER  
3 MILLIONEN  
STIMMEN  
FÜR MEHR  
VERTEILUNGS-  
GERECHTIGKEIT.

Ich bin eine/r von über 3 Millionen:

ZAK impressum

**Medieninhaber:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8-14, Tel.: 05 7799 • www.akstmk.at  
**Redaktion:** Rudolf Willgruber (Leitung), Michael Fabian, Dr. Michaela Felbinger, Mathias Grilj, Gerhard Haderer, Berndt Heidorn, Stephan Hilbert, Mag. (FH) Barbara Schön, Dr. Günther Terpotitz  
**Lektorat:** ad literam  
**Produktion:** Reinhold Feimuth • **Druck:** Leykam  
**Offenlegung gemäß Mediengesetz §25:** siehe www.akstmk.at/impressum  
**Auflage:** 348.000 Stück